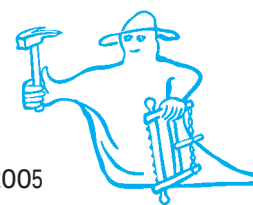


FREIBRIEF*

1/2005



ZEITUNG DES BUH E.V. FÜR EXISTENZGRÜNDUNG, BERUFS- UND GEWERBEFREIHEIT IM HANDWERK

Schwerpunkt Verbraucherschutz



„Durch den Meisterzwang wird der Anreiz zur Qualität eher gesenkt als gesteigert“

Interview mit Prof. Freytag
S. 8

- Stellungnahme des BUH zum Verbraucherschutz S. 3
- Interview mit Herta Däubler-Gmelin S. 6
- Analyse: Qualität braucht keine Lobby S. 7



Bundesgeschäftsstelle in Verden

Neues Team und neues Zuhause für den BUH S. 21



Reisegewerbe von A – Z

Bei Anfängern und Fortgeschrittenen des reisenden Handwerks fand das praxisbezogene BUH-Seminar in Verden großen Anklang

S. 15

WIRTSCHAFTSPOLITIK

- Stellungnahme:** BUH zum Verbraucherschutz 3
- Reformbarometer:** Meldungen 4
- BUHruft:** ... zum Ende der Diffamierung von Gründern auf 5
- Schwerpunkt:** Verbraucherschutz im Handwerk 6
- Position:** Interview Herta Däubler-Gmelin, SPD 6
- Analyse:** Qualität braucht keine Lobby 7
- Qualitätssicherung:** Grundsatzgespräch mit Prof. Freytag 8

GEWERBEFREIHEIT

- Rechtsempfinden:** Meldungen 14
- Reisegewerbe:** BUH-Seminar 15
- Steuersplitter:** Praxistipps 16
- Rechteck:** Werbung im Reisegewerbe 17

HANDWERK

- Firmenportrait:** Reisemaurer Klaus G. 18
- Materialreport:** Ziegelsteine 19
- Geschichte:** Zünftiger Streit in den Städten 20
- Redensarten:** Geheimsprache Jenisch 20

BERUFSVERBAND

- Verbandsnews:** Neue BUH-Geschäftsstelle in Verden 21
- Hab 8:** Mario Thomé beantwortet den Fragebogen 22
- Regios:** Termine 22

RUBRIKEN

- Editorial** 2
- Impressum** 2
- Was fehlt** 22
- Service** 23

* **Freibrief:** 1. Urkunde über eine erteilte Erlaubnis oder Befreiung von einem Verbot (Privileg),
2. Urkunde über die Entlassung aus der Leibeigenschaft,
3. Urkunde, die freie Geburt bescheinigte. (Meyers Lexikon)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



in der Öffentlichkeit besteht nach der Handwerksnovelle von Anfang 2004 häufig der Glaube, dass der Meisterzwang vollständig aufgehoben sei. Dem ist leider nicht so, nur für einen kleinen Teil des Handwerksmarktes besteht nun Gewerbefreiheit. Trotzdem setzen die Befürworter des Meisterzwangs alle Hebel in Bewegung, die Lockerungen rückgängig zu machen. Die CSU verspricht, dass im Falle eines Unions-Siegs bei der Bundestagswahl 2006 der Meisterzwang in der alten Schärfe wieder eingeführt wird. Ein wichtiges Argument der Verhinderer von Wettbewerb ist Qualität und Verbraucherschutz. Dieser Frage nach dem Zusammenhang von freiem Markt und Qualität und Verbraucherschutz widmet sich die vorliegende Ausgabe des Freibriefs.

Seit der Lockerung des Meisterzwangs machen die Handwerkskammern Front gegen ihre eigenen Mitglieder, die Handwerker ohne Meisterbrief, und behaupten, die Qualität für den Kunden würde leiden, wenn Handwerker ohne Meisterbrief am Markt aktiv sind. Was ist dran an dem Gerede von der Dequalifizierungsspirale und mangelhaften Leistungen der neuen Konkurrenz?

Auch bei der Anhörung der Bundesregierung zum Hauptgutachten der Monopolkommission (siehe Freibrief 2/2004) wurde das Qualitätsargument als einziges Argument für den Meisterzwang von den Verbraucherverbänden vorgetragen. Trotz der vielen Artikel zu diesem Thema sind die Argumente hierzu noch nicht ausgeschöpft. Noch ganz unbearbeitet ist die Frage, wie hoch die Qualität der Meisterbetriebe ist, wieviele Gerichtsverfahren muss die Justiz wegen mangelnder Qualität der Meisterbetriebe bearbeiten? Und werden nicht häufig Handwerker ohne Meisterbrief dann geholt, wenn mehrere Meisterbetriebe an schwierigen Aufgaben gescheitert sind? Bisher wollten wir in diese Schlamm-schlacht nicht einsteigen. Für mich stellt sich in Anbetracht der Verunglimpfungen, die von diversen Handwerkskammern gegen meisterlose Unternehmer verbreitet werden, die Frage, wie wir hier etwas entgegen stellen sollen. Einen ersten Schritt haben wir unternommen, indem wir wettbewerbsrechtlich gegen eine solche Verunglimpfung vorgehen.

Als nächste Themen stehen die europäische Dienstleistungsrichtlinie, Kammerzwangsmitgliedschaft und die weitere juristische Auseinandersetzung rund um den Meisterzwang auf der Agenda für die Verbandsarbeit.

Liebe Grüße

Hans-Georg Beuter

Vorstandsmitglied

Wofür steht der BUH?

Ein guter Handwerksbetrieb zeichnet sich durch Qualität, Zuverlässigkeit und einen fairen Preis aus – und das geht auch ohne Meisterbrief. Deshalb haben wir 1994 den **Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker** gegründet.

Ziele des BUH:

- Wiedereinführung der Gewerbefreiheit im Handwerk
- Abschaffung des Meisterzwangs für Selbständige
- Gleichstellung von Mann und Frau im Handwerk
- Rückbesinnung auf altbewährte Materialien und Handwerkstechniken
- Ökologisches und verantwortungsbewusstes Handeln zugunsten unserer Kunden und des Verarbeitenden

Bundesgeschäftsstelle:

BUH e.V.
Artilleriestraße 6
27283 Verden
Tel: 04231.956 66 79
Fax: 04231.956 66 81
www.buhev.de
buero@buhev.de

Impressum

Freibrief wird vom Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker e.V. herausgegeben und dient der Information seiner Mitglieder sowie der Verbreitung der Verbandsziele in der Öffentlichkeit.

Redaktion: Wilhelm Mertes, Sabine Quenot
freibrief@buhev.de

Autoren: Hans-Georg Beuter, Hilke Böttcher, Malte Heidemann, Heidi Klein, Jonas Kuckuk, Manfred Lohse, Mendi Mühlenhaupt, Oliver Steinkamp

ViSdP: Jonas Kuckuk
Druck: Druckerei Grohmann, Berlin
Erscheinungsdatum: 11.04.2005
Schutzgebühr: 2 EURO

Beiträge von Mitgliedern sind im Freibrief erwünscht. Die Redaktion behält sich vor, Texte nicht zu veröffentlichen, die den Verbandszielen des BUH zuwider laufen.

STELLUNGNAHME

Meisterzwang untauglich als Verbraucherschutz

Nach der Anhörung der Monopolkommission im Herbst 2004 zum 15. Hauptgutachten, zu der auch der BUH eingeladen war, sah sich der Verband veranlasst, zu seiner bereits abgegebenen Stellungnahme eine Ergänzung zum Verbraucherschutz im Handwerk zu verfassen. Es geht dabei um die Frage, ob der Meisterzwang als Instrument des Verbraucherschutzes notwendig und dafür tauglich ist und wie Verbraucherschutz bei handwerklichen Leistungen schon jetzt ohne Meisterzwang gewährleistet wird. Nicht zuletzt vertieft das BUH-Papier, das wir hier zusammen gefasst haben, welche Verbraucherinteressen durch den Meisterzwang verletzt werden. Das Schreiben ging an das Wirtschaftsministerium.

Verbraucherinteressen werden auch ohne Meisterzwang gewahrt

In vielen Bereichen sind Gefahrenabwehr und Verbraucherschutzziele durch Spezialgesetze geregelt. Es ist rechtlich umstritten, ob Handwerke überhaupt noch unter den Meisterzwang fallen, für die es Spezialgesetze zur Gefahrenabwehr gibt, da es unverhältnismäßig wäre, zusätzlich zu den EG-rechtlich zwingenden Vorschriften der Spezialgesetze auch noch die Anforderungen der Handwerksordnung zu erfüllen. Jedenfalls bedarf es bei diesen Handwerken keines Meisterzwangs, um dem Verbraucherschutz genüge zu tun (vgl. Mirbach, Die neue Handwerksordnung, Forum Verlag Stand April 2004 6/3 Seite 1 als Beispiel zu den Gesundheitshandwerken).

Für derartige Spezialgesetzgebung gibt es vielfältige Beispiele: Lebensmittelrechtliche Vorschriften, Regelungen der Gewerbekontrolle, Produkthaftung und Regelungen zur Gewährleistung. Neben dem Erfordernis der Bauvorlageberechtigung gibt es die „Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit elektrischer Arbeit aus dem Niederspannungsnetz der Elektrizitätsversorger“, die „Verordnung über die Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser“ und die „Verordnung über die Allgemeinen Bedingungen für die Gasversorgung von Tarifkunden“.

Auch die Berufsgenossenschaften haben für die Abwehr von Gefahren sehr effektive Regelungen entwickelt, in denen sie Anforderungen an diejenigen stellen, die diese Tätigkeiten tatsächlich ausführen. Diese bestehenden Regelungen sind zielgenau und angepasst auf das Gefahrenpotential der jeweiligen Tätigkeit.

Diese größtenteils vorgelagerten Regelungen stellen einen wirksamen Verbraucherschutz dar und machen deutlich, dass es des Meisterzwangs dafür nicht bedarf. Regelungen darüber hinaus bedarf es nicht, und sie stellen ein ver-

Erfüllung von Kundenanforderungen gehindert. So wird Verbraucherinteressen geschadet, wenn sie gar nicht erst berücksichtigt werden. Dazu heißt es in dem Artikel „Baukosten und Bauhandwerk im internationalen Vergleich“ (ifo Schnelldienst 6/2002): „Nachteile haben die Verbraucher aus der Rechtsunsicherheit, welche Tätigkeiten ausgeführt werden dürfen. Diese führen auch dazu, dass die Anbieter häufig ihre Rechnungen so gestalten, dass ihre tatsächlichen Leistungen in der Rechnung verschleiert werden. Dies dürfte die Durchsetzung von Gewährleistungsansprüchen eher erschweren.“



Wer schützt die Verbraucher vor Imbissen, die schon aussehen wie eine mögliche Lebensmittelvergiftung? (gesehen in Berlin-Weißensee)

Gleichbehandlung von Gefährdung der Gesundheit und Gefahr für das Leben

fassungsrechtlich fragwürdiges Übermaß an Einschränkung der Berufsfreiheit dar.

HWO und Meisterzwang schaden Verbraucherinteressen

Gerade von unseren Mitgliedern und Interessenten wissen wir, dass sie häufig mit einer breiten Palette von Dienstleistungen bei Verbrauchern einen Vorteil gegenüber Anbietern haben, die nur Tätigkeiten aus einem Handwerk anbieten. Die Aufteilung der einzelnen handwerklichen Tätigkeiten in verschiedene Handwerke mit jeweiligen Vorbehaltsbereichen führt zu einer Anbieter gerechten Marktsegmentierung. Anbieter, die sich an den Verbraucherinteressen nach mehr Leistungen aus einer Hand orientieren wollen, werden häufig von Handwerksorganisationen und Ordnungsämtern mit Hilfe des Meisterzwangs an der

Wenn der Meisterzwang tatsächlich zum Verbraucherschutz und erst recht zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Dritten geeignet und notwendig wäre, bleibt die Frage, ob nicht jegliche Ausübung von Tätigkeiten, die handwerklich ausgeübt im stehenden Gewerbe dem Meisterzwang unterfallen, auch dann unter den Meisterzwang gestellt werden müssten, wenn sie in der Industrie, im Reisegewerbe durch Hilfs- und unerhebliche Nebenbetriebe oder nicht gewerblich ausgeführt werden. Der Handwerksordnung fehlt das Erfordernis der regelmäßigen Weiterbildung, die allein dem Kunden die Gewähr für qualitativ hochwertige Leistungen bietet. Zudem enthält die Handwerksordnung keinerlei Bestimmungen aufgrund derer Personen, die den Meisterbrief erworben haben, die Berechtigung zur Betriebsleitung aberkannt werden kann. Deswegen kann der Meisterzwang keinen Verbraucherschutz gewährleisten.

Deutsches Handwerk im Gründungsfieber

Die Zahl der Handwerksbetriebe ist auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung, meldet der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) Anfang März 2005. Im vergangenen Jahr gab es eine Steigerung um 4,8 Prozent auf 887 300 Betriebe. Besonders erfreulich: Als Hauptgrund für den ersten Anstieg seit vier Jahren wird die Lockerung des Meisterzwangs genannt. Allein zwei Drittel der Neugründungen (67,9 Prozent) entfielen auf Handwerke, in denen der Meisterzwang abgeschafft wurde. In Ostdeutschland ist der Anteil der Ich-AGs sehr hoch, bis zu rund 30 Prozent in einzelnen Kammerbezirken. Der ZDH gibt an, dass es die meisten Neugründungen bei Fliesenlegern und Gebäudereinigern gegeben hat. Starke Zuwächse gab es auch bei den so genannten zulassungsfreien Handwerken Parkett- und Estrichlegern, Raumausstatten, Fotografen und Schneider, die Neugründungen seien in zulassungsfreien Berufen v.a. in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Berlin kann etwa ein Plus von 87,1 Prozent, ganz Ostdeutschland von 87,3 Prozent vorweisen. Entgegen dem Trend der vergangenen vier Jahre gab es auch Unternehmensgründungen in den zulassungspflichtigen Handwerken, wenn auch nur um 1,3 Prozent auf 595 303. Grund ist hier ebenfalls die Novellierung der Handwerksordnung, die nun auch Altgesellen Betriebsgründungen erlaubt. Betriebszuwächse konzentrieren sich v.a. auf die Berufe der Baubranche wie etwa Installateur, Maurer, Maler oder Dachdecker. Den mit Abstand stärksten Zuwachs verzeichnen allerdings die Friseure mit 2251 Betrieben.

Schwarzarbeit sinkt dank Handwerksnovelle

Prof. Friedrich Schneider, der bekannte Schwarzarbeitsforscher, hat jüngst im Manager Magazin gesagt, dass der seit 15 Jahren zum ersten Mal zu verzeichnende Rückgang der Schwarzarbeit ganz klar auf das Konto der beiden Reformen Hartz IV und Handwerksnovelle geht. WM

Konkurrenz kommt aus dem eigenen Land

Laut Brandenburger Allgemeine sagte der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Potsdam, Wolfgang König, die Konkurrenz komme anders als befürchtet nicht aus Polen und anderen neuen EU-Staaten, sondern von Einheimischen aus der Region. Immer mehr Menschen versuchten, ihren Lebensunterhalt im Handwerk zu verdienen und entfachten dadurch einen massiven Preisdruck. WM

Fakten statt Vorurteile zur Ich-AG

Einer Studie zufolge werden Ich-AGs überdurchschnittlich häufig im Bereich personenbezogener Dienstleistungen gegründet, viele bieten auch freiberufliche unternehmensnahe Dienstleistungen an. Fast die Hälfte (47,3%) der Ich-AG-Gründer hätten den Schritt in die Selbständigkeit ohne Förderung nicht gewagt. Knapp 50 % der Ich-AG-Gründer sind Frauen. www.ifm-bonn.org/projekte/5-2004.htm

EU-Dienstleistungsrichtlinie wird nachgebessert

Wachstumsmotor oder Jobkiller? Die EU plant, die Dienstleistungsbranche mit einer neuen Richtlinie zu liberalisieren. Vorgesehen ist, dass ein in seinem Heimatland tätiger Dienstleister vorübergehend auch in anderen EU-Staaten aktiv sein kann, ohne deren eventuell weiter gehenden Vorschriften zu erfüllen und dort Genehmigungen zu beantragen. Im Grunde dürfen Dienstleister auch jetzt schon grenzüberschreitend arbeiten. Aber in der Praxis machen es ihnen viele nationale Regeln schwer. Der Abbau dieser Regeln scheiterte bisher an den Regierungen, die ihre heimischen Dienstleister vor ausländischer Konkurrenz schützen wollen. Vor allem Deutschland und Frankreich wehren sich dagegen, sie fürchten Dumping-Löhne und eine Aufweichung des Arbeitsschutzes.

Die EU-Kommission setzt deshalb auf das Herkunftslandprinzip, um alle Widerstände mit einem Schlag auszuhebeln. Wirtschaftsminister Clement erhofft sich von der Richtlinie, die verkrusteten deutschen Branchenregeln aufzubrechen wie das Schornsteinfegermonopol. Die Dienstleistungsfreiheit, die ausländische Handwerker-Konkurrenz frei auf den deutschen Markt ließe, würde die alten Zunftregeln schnell sprengen und eine Wachstumsdynamik anschieben. Clement sieht deutsche Betriebe stark genug, im Ausland mehr Aufträge zu erhalten, als sie im Inland an die Billigkonkurrenz aus dem Osten verlieren würden. Einer Studie zufolge würde eine Liberalisierung rund 600 000 neue Arbeitsplätze gerade in kleineren Unternehmen schaffen. Zu viele Ausnahmen würden die Richtlinie wieder wirkungslos machen.

IHK und HWK unter einem Dach?

Wir zitieren Rezzo Schlauch, Grüner Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, in einem Interview mit der Welt vom 26.1.2005:

Die Welt: Also produziert auch die Wirtschaft Bürokratiekosten?

Schlauch: Genau so ist es. Viele Wirtschaftsverbände agieren oft mit gespaltener Zunge. Die Wirtschaft ist für einen Teil der Bürokratiekosten mit verantwortlich, weil sie beispielsweise unnötige Schutzzäune aufbaut. Die freien Berufe sind von einem weit verzweigten Kammersystem und zahlreichen eigenständigen Versorgungswerken durchzogen. Das ist aber alles sakrosankt und wird unter dem euphemistischen Begriff der Selbstverwaltung behandelt.

Die Welt: Die Handels- und Handwerkskammern erfüllen aber doch wichtige Aufgaben bei der Ausbildung?

Schlauch: Nur insofern sie dieser Aufgabe gerecht werden, lässt sich die Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern zunächst noch rechtfertigen. IHKn und HWKn sind zudem aufwendige Parallelsysteme mit nahezu identischen Aufgaben. Ich finde, sie sollten möglichst schnell fusionieren, noch bevor der Gesetzgeber tätig wird. Dann würden die Kammern viel effizienter und kostengünstiger arbeiten. Es gibt für mich keinen Grund, daß Handels- und Handwerkskammern in unterschiedlichen Repräsentationsbauten sitzen! www.welt.de/data/2005/01/26/417269.html

Reformbarometer

BUHruft ... zum Stopp der Diffamierung von Gründern ohne Meisterbrief auf

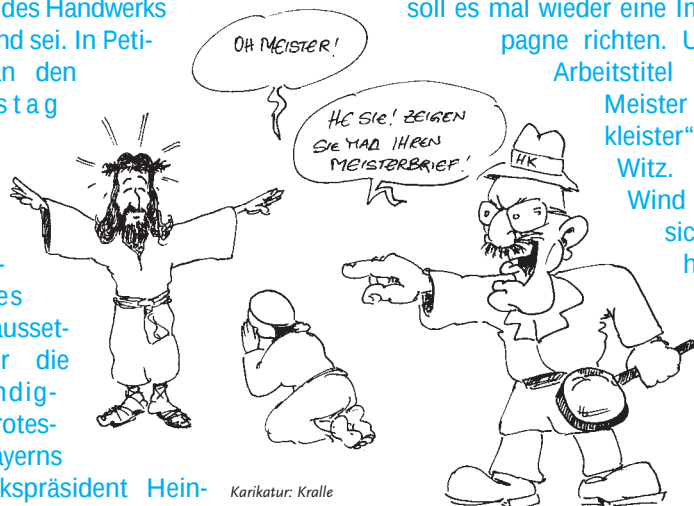
Im Handwerk geht es dank Reform wieder aufwärts. Doch die Kammern sind schlechte Verlierer. So begann das Reform-Revisionsjahr mit einem „Argumentenfeuerwerk“ gegen die Gesetzesänderung, dessen Bilanz aus Sicht des Handwerks vernichtend sei. In Petitionen an den Bundestag wurde gegen den Wegfall des Meisterbriefes als Voraussetzung für die Selbstständigkeit protestiert. Bayerns Handwerkspräsident Heinrich Traublinger verkündete anlässlich der Eröffnung der Handwerksmesse (IHM) in München, 85 Prozent der Gründer seien „ohne jeglichen Qualitätsnachweis“ in die Selbstständigkeit gegangen. Es wird also nicht mal zwischen Qualität und Qualifikation unterschieden, Hauptsache was mit „Q“. ZDH-Präsident Kentzler sagte neulich in der Presse: „Deutschland sollte nicht Verhältnisse wie in südlichen Ländern anstreben, mit ihrem extrem hohen, der Notlage des einzelnen geschuldeten Selbständigenanteils.“ Diese verfehlte Polemik ist Teil einer Ablenkungsstrategie, die verhindern soll, dass der Damm namens Meisterzwang ganz bricht.

Auch der Sohn von Edmund Stoiber, Dominic Stoiber, startete im Namen der Jungen Union eine Rettungsaktion, bei der für ihn aber Erstaunliches zu Tage trat: Nicht wenige Meister befürchteten, dass sich der Lehrling nach Abschluss der Ausbildung „zwei Straßen weiter niederlässt und einen Konkurrenzbetrieb aufbaut“, und sagen deswegen: „Ich bilde nicht mehr aus, um mir nicht selbst das Wasser abzugraben.“ Es ist sehr zu bedauern, wenn es Handwerksbetrieben schlecht geht. Doch es sieht ganz so aus, als ob die Betriebe, die am lautesten klagen, mit dem Teil der Hand-

werkerschaft deckungsgleich sind, die in den Kammern organisiert sind und am erbittertsten gegen die Veränderung der Spielregeln ankämpfen. Weil der Gesetzgeberische Zug bei der Umsetzung des ersten Reformschrittes abgefahren ist, soll es mal wieder eine Image-Kampagne richten. Unter dem Arbeitstitel „Ohne Meister Scheibenkleister“. Kein Witz. Doch der Wind beginnt, sich zu drehen. „Die Welt“ stellt in einer Serie fest, dass sich Adenauer eine historisch

falsche Entscheidung bei der Handwerksordnung vorhalten lassen muss. Auf einmal liest der konservativere Teil der Presse der Kammerlobby in aller Deutlichkeit die Leviten, so die „Welt am Sonntag“ am 13. März: „2004 stieg die Zahl der Handwerksbetriebe um satte 4,8 %. Erstaunlich nur, daß gerade der, dessen Brust vor Stolz schwellen mußte, auf schlechte Laune macht ... Glückwunsch, Herr Kentzler (Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks). So tragen Sie erstens dazu bei, den bitter benötigten Pioniergeist zu ersticken, bevor er überhaupt Früchte treiben kann. Zweitens outen Sie sich als einer, der die Gesetze der freien Marktwirtschaft nicht begriffen hat.“

Im Wirtschaftsministerium wird dieses Gezeter schon als „Häuserkampf“ verspottet, doch ein berstender Damm lässt sich nicht stoppen. Arbeitswillige Handwerker, die gegen die Meisterbriefpflicht verstoßen, weiterhin als Schwarzarbeiter zu verfolgen, ist vor diesem Hintergrund unpatriotisch. Eichels-Zöllner geben sich übrigens dafür nicht mehr her. Die Kammerspione, die das nicht lassen können, sollten sich schämen. WM



Karikatur: Kralle

Wirtschaftspolitik

FDP Hamburg gegen Meisterzwang

Diesen Beschluss hat die FDP Hamburg am 26.11.04 gefasst:

„Die FDP lehnt den Meisterzwang für Unternehmensgründungen ab. Wer einen handwerklichen Beruf erlernt hat und ihn unter Wettbewerbsbedingungen selbständig ausüben will, soll daran nicht vom Staat oder anderen Institutionen gehindert werden. Durch die bestehende Pflicht zum Meisterbrief bei Unternehmensgründungen gehen viele Chancen verloren. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen ist durch die aktuelle Regelung eingeschränkt. Neue Arbeitsplätze können nicht entstehen, das Wachstum des Volkseinkommens bleibt beschränkt. Die FDP ist für mehr Freiheit bei der Neugründung von Unternehmen. Die Macht der Handels- und Handwerkskammern verhindert Wettbewerb. Die Möglichkeit, Unternehmen einer bestimmten Branche in einem bestimmten Gebiet zuzulassen oder ihnen den Zutritt zum Markt und dem Konsumenten zu verwehren, passt nicht zum System der freien Marktwirtschaft und des Wettbewerbs. Marktein- und Austrittsbarrieren müssen überall dort abgebaut werden, wo es möglich ist. Das betrifft auch den Bereich des Handwerks. Unternehmensgründungen müssen überall dort möglich sein, wo Menschen einen Markt für sich und ihre Angebote sehen. (...) Die FDP vertraut auf den mündigen Konsumenten. Die Entscheidung, welches Produkt bei welchem Anbieter zu kaufen sei, soll dem eigenverantwortlichen Bürger überlassen bleiben. Das freie Zusammenkommen von Anbietern und Nachfragern ist die beste Voraussetzung für Qualitätssicherung durch Wettbewerb. Aufgabe des Staates ist es, die Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Dies ist keine Absage an den Meisterbrief. Der Meisterbrief ist und bleibt ein Qualitätssiegel. Er soll aber nicht Voraussetzung für eine Unternehmensgründung sein.“

Es bleibt zu hoffen, dass die Bundes-FDP diesen Meinungsumschwung zur Kenntnis nimmt und nicht wider besseren Wissens die Fortsetzung der Handwerksreform weiter mitverhindert.

Politikfeld Verbraucherschutz

Wenn es ein Politikfeld gibt, das in den vergangenen Jahren eine geradezu rasanten Karriere hingelegt hat, so ist dies der Verbraucherschutz. Vor allem Lebensmittelskandale haben immer wieder gezeigt, dass kriminelle Machenschaften, Schlampigkeit oder die negativen Seiten der Massentierhaltung unangenehme Folgen haben können. Verbraucherschutz ist nicht ausschließlich auf die Sicherheit von Nahrungsmitteln ausgerichtet, auch wenn hier vielleicht seine sensibelste Stelle liegt. Hauptziel ist, die Konsumenten von Waren und Dienstleistungen vor schlecht hergestellten Produkten zu schützen sowie vor Übervorteilung und Betrug. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die Verbraucher durch fehlende Sachkenntnis und geringe Erfahrung übers Ohr gehauen werden können. So dient der Verbraucherschutz einerseits der Bürgerinformation – dies wird

primär von Verbänden, Vereinen und Organisationen geleistet – und er ist ein politischer Auftrag an Bund, Länder und Kommunen; denn ohne entsprechende Gesetze für Hersteller und Anbieter von Gütern und Dienstleistungen und ihre Überwachung nützt die beste Information wenig. Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die sich nicht exakt abgrenzen lässt. Im Handwerk könnte das Hilfestellung bedeuten bei der Beurteilung, was gute Qualität zu einem angemessenen Preis ist. Während die Handwerkskammern Qualität nur durch den Meisterbrief der Firmeninhaber gewährleistet sehen (siehe Analyse S.6), versprechen sich weiterdenkende Köpfe von einer Liberalisierung des Marktes gerade bessere Arbeit durch mehr Wettbewerb, zufriedener Kunden, sinkende Preise und dadurch auch eine deutlich ansteigende Zahl an Aufträgen. MH

Der mündige Verbraucher

Schutzbestrebnungen können, wenn sie zu weit getrieben werden, auch Entscheidungsmöglichkeiten der Verbraucher einschränken und zu einer Bevormundung werden. Deswegen geht die heutige Verbraucherschutzpolitik vom „mündigen Verbraucher“ aus, der selbst zu entscheiden willens und in der Lage ist. Schutzvorschriften sollen deswegen nur vor nicht akzeptablen Risiken bewahren. Das Treffen bewusster Verbrauchsentscheidungen hängt aber weitgehend davon ab, dass Entscheidungskriterien, also Informationen, für Verbraucher verfügbar sind. In einigen Bereichen wird dies durch Gesetze weitgehend gewährleistet, z. B. bei den Inhaltsangaben für verpackte Lebensmittel; in anderen Bereichen, etwa bei Kleidung wäre für viele Verbraucher mehr Information wünschenswert.

(Quelle: www.wikipedia.de)

INTERVIEW

Schutz vor überhöhten Preisen und schlechter Qualität, Sicherstellung von Angebot und fairem Wettbewerb

Freibrief: Die Schwierigkeit beim Thema Verbraucherschutz im Handwerk ist, dass es politisch auf völlig unterschiedlichen Ebenen diskutiert wird. Auf Seiten des Handwerks steht der Erhalt des Meisterzwangs im Vordergrund. Die letzte HWO-Novelle 2004 wurde von Ihrem Ausschuss mitberaten. In welchem Zusammenhang verorten Sie das Thema?

Däubler-Gmelin: Jeder von uns ist Verbraucher, neben allem, was wir sonst beruflich machen. Deshalb ist ja der Verbraucherschutz so flächendeckend wichtig. Gerade bei Handwerkern gehen wir davon aus, dass sie aufgrund ihrer guten Ausbildung gute Arbeit leisten. Besonders betonen wir den Schutz vor Gesundheitsschäden, vor überhöhten Preisen und schlechter Qualität, die Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes und fairen Wettbewerb. Die Handwerksnovelle 2004 legt bekanntlich die Zulassungspflichtigkeit und die Meisterprüfung für jene Handwerke weiterhin fest, bei denen die verlangte Meisterprüfung Gefahren für das Leben und die Ge-

sundheit Dritter vermeiden helfen soll. In den zulassungsfreien Bereichen ist wahrscheinlich ein verstärkter Wettbewerb mit möglicherweise niedrigeren Preisen zu erwarten. Das ist für den Verbraucher jedoch nur dann günsti-



Herta Däubler-Gmelin, SPD, ist es egal, ob ein Handwerker einen Meisterbrief hat oder nicht. Seit 1972 ist die Rechtsanwältin Mitglied des Bundestages. 1998 bis 2002 war sie Justizministerin, seit der neuen Wahlperiode sitzt sie dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vor.

ger, wenn auch die übrigen Elemente stimmen, also Qualität, Kontinuität, Verlässlichkeit. Das muss man genau beobachten. Sie als Verband unabhängiger Handwerker haben da sicherlich viel Erfahrung, gerade auch im Positiven.

Freibrief: Im Verbraucherschutzbericht der Bundesregierung kommt Handwerk mit seinen Produkten und Dienstleistungen nicht explizit vor. Wo sehen Sie aus Sicht des Verbraucherschutzes Handlungsbedarf im Handwerk?

Däubler-Gmelin: Nun, Verbraucherschutz ist bei Handwerksleistungen von Betrieben mit und ohne Meister wichtig, das ist klar. Und wie man an Ihnen sieht, funktioniert das ja auch. Man kann aber sicher nicht generell davon ausgehen, dass ausschließlich der Wettbewerb für die Verbreitung von Qualität sorgt, da gibt es noch viele andere Elemente.

Freibrief: Was müsste getan werden, damit die Verbraucher auf Grund eingeschränkter Auswahlmöglichkeit von Handwerksbetrieben nicht auf Selbsthilfe oder Schwarzarbeit ausweichen?

Däubler-Gmelin: Ich will sagen, wie ich das mache, oder auch meine Nachbarn, die alle kluge Leute und handwerklich geschickt sind: Wenn sich herum-spricht, der Herr X oder die Frau Y sind gut, die kümmern sich, die sind auch da, wenn man sie braucht, dann holen wir die. Egal, ob die einen Meisterbrief haben oder nicht. Entscheidend ist deshalb sicher die Erfahrung und auch die Mundpropaganda. Die Novelle von 2004 hat im übrigen für 53 der insgesamt 94 Handwerke die Voraussetzung der Meisterprüfung beseitigt, was niemand daran hindert, sie freiwillig zu machen und damit zu werben, wenn er das für nützlich erachtet.

Im ersten Halbjahr 2004 war bei den sog. zulassungsfreien Betrieben ein Zuwachs von 11.759 Betrieben (15,7 %) zu verzeichnen. Auch wenn manche der als Ich-AGs gegründeten Gewerbe nicht überleben, zeigt das doch, dass insbesondere bei den Fliesenlegern und Gebäudereinigern die Schwarzarbeit eher zurückgeht.

Freibrief: Sehen Sie eine Alternative zur Qualitätssicherung im Handwerk über die Regulierung des Marktzugangs oder glauben Sie, dass das über die europäische Dienstleistungsfreiheit geregelt wird?

Däubler-Gmelin: Die Inländerdiskriminierung ist in den zulassungsfreien Handwerken abgebaut worden; in den zulassungspflichtigen Handwerken hat die sog. Altgesellenregelung, die Gesellen nach sechsjähriger Berufserfahrung einen Anspruch auf Selbständigkeit einräumt, eine Anpassung an das europäische Recht gebracht. Gegen den Entwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie habe ich erhebliche Bedenken, weil sie die europaweit geltenden Standards nicht nach unseren oder nach gemeinsamen, also vereinbarten europäischen Standards festlegen will; vielmehr sollen die des Herkunftslandes des Dienstleisters gelten, auch wenn die völlig ungenügend sind. Das würde nicht nur unsere Betriebe unvertretbar unter Druck setzen, sondern würde uns auch bei den Standards für Umwelt- und Verbraucherschutz, aber auch in der sozialen Sicherung sehr weit zurückwerfen.

Interview: SQ/WM

ANALYSE

Qualität braucht keine Lobby, sondern Qualitätsmanagement

Den Handwerkskammern ist es gelungen, das Handwerk erfolgreich vor dem Verbraucherschutz und damit vor dem Verbraucher zu schützen. Der BUH steht als Verfechter von Kundeninteressen an vorderster Front, weil er als einziger Handwerksverband für eine unabhängige Qualitätskontrolle im Handwerk eintritt. Andere Wirtschaftszweige mit vergleichbaren Schwierigkeiten haben dank seriöser Qualitätsinitiativen wieder Tritt gefasst.

Aus Sicht des freien Handwerks gilt es, erst einmal ein Missverständnis auszuräumen: Jede Form objektiver Qualitätskontrolle kann logischerweise eigentlich nur im nachhinein stattfinden. Nicht umsonst ist die innerbetriebliche Sicherung von Qualitätsstandards an Zertifizierungen wie die DIN EN ISO 9000 gebunden. Somit machen Maßnahmen für einen allgemeinen Verbraucherschutz nur Sinn, wenn diese in erster Linie als technische Überwachungsaufgaben geschehen, quasi im staatlichen Auftrag wie dies beim TÜV der Fall ist, oder durch anerkannte private Institutionen wie die Stiftung Warentest.

Von Interessensverbänden definierte Qualitätskriterien sind von daher per se nur als freiwillige Absichtserklärungen einzustufen und taugen nichts als Qualitätsgarantie, wenn kein Kontrollmechanismus eingebaut ist. Das ist so, als würde Daimler verlangen, alle Mercedes vom TÜV zu befreien, wenn alle Wagen eine lebenslange Garantie hätten. Genau dies geschieht beim Meisterbrief: Quasi per Dekret wird ein Qualifikationszertifikat de facto zur Qualitätsnorm umdeklariert. Mit dieser unerlaubten Gleichsetzung von Qualifikation mit

Qualität wird die eigentlich unverzichtbare Qualitätskontrolle handwerklicher Leistung durch Ausbildungsqualifikation prophylaktisch pauschal vorweg genommen. Qualitätssicherung im Handwerk kann aber unmöglich allein durch die „Güte einer Ausbildung“ garantiert werden, weil die „Ausbildung der Güte“ eines Handwerkserzeugnisses jedes Mal aufs Neue, von jedem einzelnen Handgriff abhängt. Die Kenntnis der unendlichen Einflussfaktoren auf die Qualität machen Handwerk im Kern sogar aus. Ohne Pro-

dukt(ions)kontrolle ist ein guter Handwerker geradezu versucht, an der „Preis-Leistungs-Stellschraube“ zu Ungunsten seiner Kunden zu drehen. Aus der Industrie sind wir es mittlerweile schon bei jedem Hemd gewohnt, dass Waren immer schlechter werden oder erst ab einem gewissen Preisniveau Qualitätssicherheit bieten.

Diese Abwärtsspirale hat aufgrund des Kostendrucks in den meisten Handwerksbranchen auch schon lange eingesetzt. Das kann Jedermann an neun von zehn Brötchen selbst feststellen oder an der Anzahl der Klagen wegen Pfusch von „Vollhandwerkern“. Dass sich die wahre Dequalifizierung nicht weiter verstärkt, hängt primär davon ab, dass der Gesetzgeber aufhört, das Handwerk vor dem Verbraucherschutz zu schützen. Denn genau genommen genießt der Verbraucher

derzeit in diesem Bereich, gar keinen Schutz. Ein Zustand, der sich zunehmend an der Baumarktkasse rächt. Wie sich dieser umkehren lässt, können wir von anderen Wirtschaftsbereichen lernen. Im deutschen Weinbau, der zwischenzeitlich in Verruf geraten war, steht der Riesling dank Qualitätinitiativen wie der „Slow-Food-Bewe-

gung“ mittlerweile wieder an der Weltspitze. Premium-Erzeugnisse und Luxusgüter bieten gerade Traditionsgewerben eine ernst zu nehmende Perspektive. Der Boom der Manufaktur-Handelskette, um deren Produkte sich anspruchsvolle Konsumenten reißen, sind größtenteils klassische Handwerkserzeugnisse, die kaum noch produziert werden. Die Zukunft des Handwerks liegt im anspruchsvollen Traditionshandwerk, sobald die „Geiz ist geil“-Ära überwunden ist. Etwas anderes ist dann vielleicht kein Handwerk mehr. WM



Einen Arbeitstag halten die teuersten Baumarkt-Handschuhe mitunter nur aus

„Meisterbrief kann die Qualität des Outputs nicht bewerten“

Warum Qualität durch Schutz vor Wettbewerb verhindert wird und die „faulen“ zu Lasten aller fleißigen Handwerker privilegiert werden, das erläutert Wirtschaftswissenschaftler Andreas Freytag dem „Freibrief“. Seiner Ansicht nach ist es widersinnig, Unternehmer, die Abgaben und Steuern zahlen, als Schwarzarbeiter zu kriminalisieren. Wir sprachen mit Prof. Freytag über die Folgen des Meisterzwangs für Wirtschaft und Verbraucher.

Freibrief: Nach wie vor ist in 2005 in den Kernbranchen des deutschen Handwerks, die zusammen genommen 89 % aller Betriebe ausmachen, der Meisterbrief die Hauptvoraussetzung für die Gründung eines vollwertigen Handwerksbetriebes. Zugleich ist der „große Befähigungsnachweis“ ein Mittel, um bestehende Betriebe davor zu bewahren, sich unkontrollierter Konkurrenz auszusetzen. Freie Handwerker ohne Meisterbrief, die bei den Verbrauchern aufgrund der qualitativ hochwertigen Arbeit und der günstigeren Preise, die sie anbieten, sehr beliebt sind, werden hingegen juristisch verfolgt. Könnte man also sagen, der Meisterzwang belohnt faule Meister und bestraft fleißige gründungswillige Gesellen?

Freytag: Den ersten Halbsatz der Frage würde ich auf jeden Fall unterschreiben. Es werden faule Handwerker geschützt durch die Marktzutrittsbarrieren, also diejenigen, die keinen Wert auf Qualität und Weiterbildung legen. Und es geht zu Lasten aller fleißigen Handwerker, mit oder ohne Meisterbrief. Umgekehrt wäre es verfehlt zu sagen, dass die Inhaber des Meisterbriefes per se schlechte Leistungen abliefern. Auch Meister werden natürlich durch schlechte Leistungen ihrer fauleren Kollegen diskreditiert und sind dadurch benachteiligt. Insgesamt geht diese Situation zu Lasten der Verbraucher, Verbraucherschutz ist ja ein wichtiges Thema. Durch den Meisterzwang wird augenscheinlich der Anreiz zur Qualität eher gesenkt als gesteigert.

Freibrief: In Berlin kam jüngst heraus, dass Schornsteinfeger ungeniert doppelt gemessen und abgerechnet haben. Ist durch fehlenden Wettbewerb im Handwerk nicht eine fatale Abwärtsspirale in Gang gekommen, weil es schon seit Jahrzehnten keinen Anreiz gibt, sein Bestes zu geben, und es eher die Ausnahme ist, optimale Qualität zu liefern?

Freytag: Das Schornsteinfegerhandwerk ist ein besonderer Fall, weil wir da Gebietsmonopole haben. In anderen Handwerken besteht wenigstens ein kleiner

Wettbewerb. Beim Schornsteinfeger ist er ausgeschaltet. Heraus kommt ein Verhalten, das einer hoheitsstaatliche Organisation angemessen erscheint, mit allen negativen Folgen. Monopolisten haben eben nie den Anreiz, das Beste, das Preiswerteste bereit zu stellen. Das kennen wir aus allen monopolisierten Märkten.

Freibrief: Es wird sehr viel Energie darauf verwendet, dieses System zu erhalten. Wie könnte man diese Energie – das Handwerk an sich ist als kulturelle Leistung ja erhaltenswert –, wie sich das im Nahrungsmittelbereich bei der Slow-Food-Bewegung zeigt, in eine positive Dynamik im Handwerk transformieren, quasi indem die Zünfte, aber ohne Zwang, bestärkt werden?



... dafür konkurrenzlos hohe Preise (gesehen beim Karneval in Kesten/Mosel).

Freytag: Das Dramatische ist, dass das Handwerk sich mit dieser ökonomisch unsinnigen Politik selbst in Schwierigkeiten bringt, denn die Marktpotentiale sind durch erhöhte Preise immer kleiner geworden. Das kann man sich ganz einfach vorstellen: Wenn die Nachfrage nach Produkten mit steigendem Preis zurückgeht – außer bei Luxusgütern ist das so – wird das Marktpotential schlicht nicht ausgeschöpft. Die Regulierung erzeugt einen zu hohen Preis und ein zu geringes Angebot; dann liegt ein gesamtwirtschaftlicher Verlust vor. Dieser Verlust teilt sich auf in einen Verlust der

Konsumenten und einen Verlust der Produzenten; im bisherigen Regime leiden zur Hauptsache die Konsumenten, aber auch zunehmend die Produzenten. Diese könnten allerdings bei freiem Markt-

Produzenten können bei freiem Marktzugang in der Summe mehr verdienen

zugang in der Summe mehr verdienen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Elastizität, d.h. die Nachfragesenkung aufgrund einer Preiserhöhung. Inwieweit die Nachfrage nach unterschiedlichen Handwerksleistungen in einzelnen elastisch oder unelastisch ist, das müsste man empirisch untersuchen. Wenn sie elastisch ist, sind die hohen Preise sehr schädlich für den Sektor, wenn sie unelastisch ist, dann kann man die Produzentenrente zu Lasten der Nachfrager erhöhen. Wettbewerb wäre hier sehr hilfreich.

Freibrief: Ist es in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nicht geradezu fahrlässig, wenn Gegner der Handwerksreform verhindern, dass dieses Marktpotential voll ausgenutzt wird und damit gerade in einem arbeitsintensiven Bereich Beschäftigungseffekte zerstört werden?

Freytag: Das ist richtig. Erhöht sich die Nachfrage, steigt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Beschäftigung. Die Nachfragesteigerung wird nur leider zum großen Teil durch Schwarzarbeit bedient; und die Schwarzarbeit kommt ja den Langzeitarbeitslosen nicht zugute. Es zeigt sich empirisch, dass bereits Beschäftigte nach Feierabend „schwarz“ weiterarbeiten. Leider erregt dieses Verhalten bei niemandem mehr Argwohn, weil es schon konsensfähig ist. Im Verbund mit der hohen Belastung durch Abgaben und Steuern sorgen die hohen Preise des Meisterhandwerks dafür, dass das Unrechtsbewusstsein abnimmt: Wer

baut schon ein Haus komplett mit angemeldeten Handwerkern?

Freibrief: *Das Unerträgliche an der Situation der unabhängigen Handwerker ist, dass sie, obwohl sie versuchen, sich unternehmerisch zu behaupten, also den Staat nicht belasten, sondern Steuern zahlen ...*

Freytag: ... von beiden Seiten zerdrückt werden. Insofern lautet das Argument: Es würde mehr Beschäftigung im Handwerk entstehen, nicht nur bei unabhängigen Handwerkern, sondern auch bei regulären Handwerksfirmen, wenn man vom Meisterzwang auf eine andere Art der Regulierung umstellen würde. Auch Weiterbildung würde viel mehr Sinn machen, um mit der Entwicklung Schritt zu halten. Nebenbei bemerkt: Das gilt für sämtliche Berufsgruppen. Fasst man zusammen, so ergibt sich, dass die Senkung der Preise durch den Abbau der Regulierung und Öffnung der Märkte dazu führt, dass nicht nur ein bereits existierender Kuchen verteilt wird, sondern der Kuchen insgesamt größer wird. Die Nachfrage wird derzeit zu einem großen Teil durch die Schattenwirtschaft bedient, doch Schattenwirtschaft ist gesamtwirtschaftlich teuer. Sie erzeugt Kosten, z.B. Verschleierungskosten, um zu verhindern, dass man entdeckt wird,

Es würde mehr Beschäftigung bei Handwerksfirmen insgesamt entstehen, wenn man vom Meisterzwang auf eine andere Art der Regulierung umstellen würde.

sowie entgangene Staatseinnahmen und langfristig einen Abbau der Moral.

Freibrief: Würden Sie denn vermuten, dass es einen Stau gibt in der Nachfrage nach Handwerksleistungen? Zwei Indikatoren gibt es ja: den Boom der Baumärkte und umgekehrt proportional dazu der sehr geringe Anteil des Hauseigentums. Ist das nicht eine Folge davon?

Freytag: Auszuschließen ist das nicht. Unzweifelhaft ist die Nachfrage ja da. Die Baumärkte sind in der Tat immer voll, ihre Anzahl ist ein Indikator für eine blühende Schattenwirtschaft, denn da geht



Andreas Freytag, 42, ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Jena. Sein methodischer Ansatz ist, die Politik durch die ökonomische Brille zu betrachten, kurz politische Ökonomik genannt. Der gebürtige Kieler ruft das Handwerk dazu auf, sich an die Spitze der Deregulierung zu stellen. Nur uneingeschränkter Wettbewerb verbessere die Leistungsfähigkeit und Qualität des Handwerks. Das Meistersystem droht seiner Meinung nach weg gefegt zu werden, falls weitere Handwerksreformen ausbleiben.

es ja nicht darum, beispielsweise Kaninchenställe für die Kinder zu streichen, sondern mittlerweile um den Bau ganzer Häuser in Eigenregie. Das Baurecht schreibt überdies vor, besonders teuer zu bauen. Die beratenden Berufe drum herum sind auch hoch reguliert. Die HOAI trägt dazu auch bei. In anderen Ländern wäre eine Ordnung undenkbar, die ein Bezahlung nach umbauten Raum vorsieht.

Freibrief: Gerät die Handwerkslobby dadurch nicht noch stärker in die Klemme?

Freytag: Die Handwerksverbände sind immer mehr unter Druck, es wird immer schwieriger für sie. Sie müssen begründen, warum wir diese Regulierung brauchen, insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit und des enormen Kostendrucks. Und das Thema Inländerdiskriminierung kommt noch hinzu. In den Grenzregionen wird ja schon sehr viel von EU-Handwerkern beispielsweise aus den Niederlanden angeboten. Das ist eine Diskriminierung der Inländer im europäischen Binnen-

markt. Deutschland hat versucht, dem mit dem Tariftreuegesetz entgegenwirken, doch die EU wird weiter Druck machen. Sie können die Anbieter gerade in den Grenzgebieten nicht dauerhaft heraushalten, insbesondere wenn die geplante Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt wird. Wenn die Handwerkskammern da nicht mitziehen und sich an die Spitze der Bewegung setzen bei der Deregulierung, dann werden sie einfach übergangen mit erheblichen Negativfolgen für den gesamten Sektor.

Freibrief: Mit welchen Argumenten könnte man denn die Kammern vor dieser Drohkulisse davon überzeugen, endlich eine progressive Handwerkspolitik zu fahren?

Freytag: Wenn ich Sie, d.h. ein Vertreter des BUH, wäre, würde ich den Kammern Folgendes sagen: „Durch die Regulierung macht ihr alles künstlich teurer, das mag kurzfristig in eurem Sinne sein, aber der hohe Preis lockt die konkurrenzfähigen Anbieter aus dem Ausland an. Diese Anbieter werden euch die Nachfrage abgraben. Langfristig könnt ihr sie nicht mehr daran hindern, weil die EU sie wettbewerbsrechtlich unterstützen wird. Dann werdet ihr nicht mehr schnell genug reagieren können. Deswegen werdet ihr langfristig einfach weg gewischt. Wenn ihr euch aber an die Spitze setzt und sagt, wir deregulieren weiter und werden den Meisterbrief als Qualitätssignal einsetzen, habt ihr gute Chancen, gegen ausländische Konkurrenz und gegen Schwarzarbeit zu bestehen.“ Denn in der Vergangenheit haben sich solche alten und anerkannten Regulierungen, als sie obsolet wurden, schon häufiger als freiwillige Signale erhalten. Man erinnere sich nur an das deutsche



Nach deutschem Reinheitsgebot gebraut und das freiwillig: Chinesisches Bier

Reinheitsgebot für Bier. Vor zehn Jahren gab es die Diskussion. Es hieß, ein wich-

FORTSETZUNG VON S. 9

tiges deutsches Kulturgut verschwindet nun zu Gunsten ausländischen chemisch bearbeiteten Bieres. Und was sehen Sie in den Regalen? Es gibt fast gar kein Bier, außer ein paar Modegetränke, das nicht nach dem deutschen Reinheitsgebot gebraut wurde, selbst das chinesische Bier. Das Reinheitsgebot ist ein erfolgreiches Marketinginstrument. Gleiches erwarte ich vom Meisterbrief.

Freibrief: Würden Sie zusammenfassend also sagen, dass der Meisterzwang keinesfalls qualitätssteigernd ist?

Freytag: Es ist stark zu vermuten, dass das nicht qualitätssteigernd ist. Das würde ich unterschreiben. Warum sollte ein Anbieter in einem geschützten Markt die Notwendigkeit sehen, sich besonders anzustrengen? Qualität drückt sich nicht nur in der Güte des Produkts aus, sondern auch in der Pünktlichkeit und anderen Serviceleistungen. Wir alle kennen die Schwierigkeiten mit deutschen Handwerksunternehmen in dieser Hinsicht. Dass sich Qualität durchsetzen kann, wird hauptsächlich durch den Schutz vor Wettbewerb verhindert. Ha-

*Der mündige Konsument
weicht in die
Schattenwirtschaft aus,
weil er dort seine Wünsche
nach Qualität genauso gut
gewährleistet sieht wie
beim Innungsbetrieb*

ben die Nachfrager Optionen und können sie die Anbieter dadurch unter Druck setzen, wird Qualität befördert.

Freibrief: Dabei heißt es doch immer, ein Instrument wie der Meisterbrief sei die zuverlässigste Qualitätsgarantie, die man dem Verbraucher bieten könne?

Freytag: Eben nicht. Der Meisterzwang schützt vor Wettbewerb. Und die beste Qualitätsgarantie ist Wettbewerb, weil ich mich nur durch Qualität im Wettbewerb behaupten kann. Die Konsumenten haben die Wahl und sie sind nicht so unmündig, wie die Handwerksverbände häufig vortragen. Der mündige Konsument weicht aus, im Moment in die Schattenwirtschaft, weil der dort seine Wünsche nach Qualität genauso gut oder

besser gewährleistet sieht denn bei dem Innungsbetrieb.

Freibrief: Gibt es in dem öffentlichen Bewusstsein für Qualität folglich eine erhebliche Fehleinschätzung, denn es wird überall suggeriert, Qualität könne objektiv garantiert werden, durch den TÜV, die Stiftung Warentest, Ökosiegel etc. Wieso ist das so fest im öffentlichen Bewusstsein verankert, und warum versteckt sich das Handwerk so hinter seinem Meisterbrief?

Freytag: Dies ist eine interessante Frage, die das Ökonomische verlässt. Zuvor aber eine Bemerkung: Der Meisterbrief kann die Qualität des Inputs, des Faktors Arbeit, aber nicht des Outputs, der Dienstleistung, bewerten, während TÜV, Stiftung Warentest etc. genau Letzteres tun. Offenbar geht es also letztlich nicht nur um Argumente, sondern darum, dass das Handwerk als Lobby stark genug ist und Wählerstimmen bindet. Deswegen ist bei den bürgerlichen Parteien die Neigung, das Handwerk zu deregulieren, so klein, weil sie Angst haben, ihre Klientel zu verschrecken, der ja schon die letzte Handwerksnovelle zu weit geht. Also werden die Argumente gar nicht ernst genommen.

Freibrief: Wie könnte man denn die Handwerkslobby mit positiven Anreizen zum Umdenken bewegen, denn mit der Drohung, sie würden weg gefegt werden, wenn sie nicht umdenken, provoziert man vermutlich eine noch stärkere Abwehrreaktion?

Freytag: Durch das Argument, dass durch eine Deregulierung des Handwerks die Nachfrage im legalen Bereich insgesamt steigen wird. Und: Gerade weil die Meisterbetriebe so eine hohe Qualität haben, wird sich die Nachfrage auf sie konzentrieren, wenigstens solange das Argument der hohen Qualität stichhaltig ist. Anders gewendet: Wer wirklich Qualität anbietet, fürchtet sich gerade nicht vor Wettbewerb.

Freibrief: Die behaupten aber jetzt schon, dass nur sie die beste Qualität anbieten?

Freytag: Das sagen sie zwar, aber sie tun es jetzt nicht. Die Evidenz spricht dagegen. Zusätzliche 16 Prozent des Bruttoinlandproduktes werden durch Schwarzarbeit erarbeitet. Wenn der Meisterbrief nicht mehr zwangsweise erworben werden muss, ist eine Preissenkung zu erwarten. Die bedeutet, dass die Stückgewinne kleiner werden, aber es wird sich

eine Nachfrage-Ausdehnung ergeben. Gegeben, dass die Qualität des Meisters wirklich so hoch ist, wird die Nachfrage sich auf die Meisterbetriebe konzentrieren. Nicht-Meister-Handwerker werden dann automatisch irgendwann den Anreiz haben, diesen Qualifikationsnachweis zu erbringen, um mitzukommen. Dann ist der Meisterbrief später ein Qualifikationssignal, das sich im Wettbewerb bewährt. Der Gesamtkuchen steigt, und die Schwarzarbeit sinkt. Damit steigen die Steuereinnahmen und das Potential, Steuern zu senken. Das lässt wiederum die Stückgewinne im Handwerk steigen. So wird eine wirtschaftliche Dynamik freigesetzt, die nicht mehr im Schatten, sondern im Licht stattfindet.

Freibrief: Jetzt sind wir aber in der Situation, dass es den Handwerksfunktionären dämmert, dass die tüchtigsten der freien Handwerker bezüglich der Qualität, die sie abliefern, schon jetzt so konkurrenzfähig sind, wie sie es gerne wären, wenn sie sich dem Markt in ein paar Jahren wirklich geöffnet haben.

Freytag: Die Handwerkslobby mag ja argumentieren, die freien Handwerker seien nur so sehr gefragt, weil sie billiger sind. Wenn die Meister selber erheblich billiger werden, würden sie die Freien mit ihrem guten Ruf aber überflügeln.

Freibrief: Nein, die Nachfrage nach freien Handwerkern ist so groß, weil sie günstiger und mindestens genauso gut sind!

Freytag: Das ist so eindeutig nicht. Hier spielen Preis und Qualität eine Rolle, was überwiegt, bleibt zunächst unklar. Ein Argument spricht für Ihre Sicht. Freie

*In der Schattenwirtschaft
funktioniert der
Mechanismus, der aus
Verbrauchersicht ideal ist.
Ohne Qualität würde kein in
der Schattenwirtschaft Tätiger
an die Aufträge kommen*

Handwerker – wie auch die Schattenwirtschaft – sind oft gezwungen, auf die Signalwirkung hoher Qualität zu setzen, was dann zu Empfehlungen führt. Somit haben wir hier genau den Mechanismus, der aus Verbrauchersicht ideal ist. Ohne

Qualität würde keiner in der Schattenwirtschaft Tätiger an die Aufträge kommen. Unter diesen Bedingungen ist jede Art von Repression vergebens, das hat die Vergangenheit gezeigt. Je stärker man die Leute verfolgt und versucht, sie zu gängeln, desto weniger fragen sie im regulären Bereich, umso mehr fragen sie schwarz nach. Das geht natürlich auch zu Lasten freier Handwerker.

Freibrief: Folglich ist die Kategorisierung freier Handwerker als Schwarzarbeiter völlig unsinnig?

*Wer Steuern und Abgaben
zahlt, kann kein
Schwarzarbeiter sein.
Die Kriminalisierung ist der
falsche Weg und wirkt sogar
als Innovationspeitsche für
die Schattenwirtschaft.*

Freytag: Das ist schon im Grundsatz unsinnig. Wer Steuern und Abgaben zahlt, kann kein Schwarzarbeiter sein. Überdies gilt, dass die Kriminalisierung, die durch das neue Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit vorgenommen wurde, der falsche Weg ist. Das ist eine Innovationspeitsche für die Schattenwirtschaft. Dann müssen sich die im Schatten Tätigen eben etwas Neues einfallen lassen, Dinge anders deklarieren und noch mehr machen, um nicht aufgedeckt zu werden. Vor allem ist das widersinnig. Die Menschen möchten gerne Arbeitsteilung betreiben, sie möchten Dienstleistungen vom Handwerker bekommen, sie bekommen sie aber nicht aus dem offiziellen Handwerk zu einem Preis-Leistungsverhältnis, das ihnen gefällt und das sie sich leisten können.

Freibrief: Weil die Deregulierung im Handwerk so überfällig ist, sind wir zu einer Nation von Hobbyhandwerkern geworden?

Freytag: Möglicherweise haben Sie Recht, mit fatalen Folgen. Denn das ist natürlich in der Tat auf die Dauer qualitätssenkend. Wenn jeder sein Haus selber baut und in dieser Zeit selber nicht arbeiten kann, wird die Arbeitsteilung als Ausnutzung von Spezialisierungsvorteilen und damit die Wachstumsdynamik

im ganzen Land geringer. Das schlägt zurück auf die handwerklichen Betriebe. Die Schattenwirtschaft ist nur ein Indikator für einen hohen Bedarf.

Freibrief: Wie beurteilen Sie die betriebswirtschaftliche Ausbildung in Meisterkursen vor dem Hintergrund, dass die Kammer immer behaupten, sie sei für jeden Handwerker die Erfolgsgarantie, um sich am Markt zu behaupten?

Freytag: Dieses Argument halte ich für völlig an den Haaren herbeigezogen. Niemandem, der sich selbständig machen will, braucht man irgendwas aufzuzwingen etwa nach dem Motto: Sie möchten sich selbständig machen als Versicherungsmakler, gehen Sie erst einmal drei Jahre in die Versicherungsschule. Wer meint, das nötig zu haben, macht das automatisch. Das Argument wird allerdings von den Banken mitgetragen, weil es ihnen das Kreditrisiko nimmt; sie müssen nicht mehr so genau kontrollieren. Aber Handwerker ohne Meisterbrief würden sich vermutlich genauso darum kümmern, weil es in ihrem eigenen Interesse ist. Außerdem kann man das Betriebswirtschaftliche wie die Buchführung auslagern, auf den Steuerberater zum Beispiel.

Freibrief: Wird da die Meisterausbildung als Voraussetzung für Unternehmertum nur vorgeschoben?

Freytag: Anscheinend ja. Dazu zwingt doch der Wettbewerb. Eine Unternehmerin, ein Unternehmer muss sich doch über Neuerungen informieren. Sie oder er kann es nur in einem geschützten Markt ungestraft verschlafen, sich weiter zu entwickeln, aber nicht in einem ungeschützten Markt, in dem man up-to-date bleiben muss. Wer das nicht ist, wird automatisch – Buchführung hin oder her – vom Markt verschwinden, weil die Kunden nicht zufrieden sind.

Freibrief: Nach einem Jahr Reform zeigt sich, dass es in den frei gewordenen Gewerken zu einem regelrechten Boom gekommen ist. Altgesellen und Ich-AGler werden von den Meisterzwangverfechtern so hingestellt, als ob sie ohne die kaufmännische Ausbildung aus der Meisterschule automatisch zum Scheitern verurteilt wären. Welche Rolle spielt denn nun die Ausbildung für Gründungswillige?

Freytag: Ein unternehmerisches Talent wird nicht im Buchführungskurs ent-

deckt. Da steckt viel mehr drin. Risikobereitschaft, der Wunsch selbständig zu



Schafft es das deutsche Handwerk, sich vor dem selbst provozierten Untergang zu retten?

arbeiten, innovativ zu sein. Nur irgendwelche Titel machen noch längst keinen gebildeten Menschen. Das Gleiche gilt auch für das Argument, die Konsumenten seien nicht gebildet genug, die würde man ja überfahren und deswegen wäre Verbraucherschutz so unbedingt notwendig. Meiner Ansicht nach ist das nicht glaubhaft. Ich bin davon überzeugt, dass ein guter Handwerker, der technisch versiert im Vergleich zu einem Laien ist, aber vielleicht die Buchführung nicht beherrscht, von der Bank ein Paket inklusive Buchführung angeboten bekommt. Oder die Bank vermittelt ihm einen Partner, der ihm Kontenführung samt Buchführung aus einer Hand an-

*Die, die sich selbstständig
machen, sind Handwerker
mit Erfahrung, die gute
Arbeit abliefern*

bieten kann. Die Leute, die sich selbstständig machen, sind doch Handwerker, haben Erfahrung und können gute und erfolgreiche Arbeit abliefern, wenn sie eine gute Ausbildung hatten.

Freibrief: Also sind diese Behauptungen über die kaufmännische Inkompetenz der Nicht-Meister Mumpitz?

Freytag: Dieses Argument mit der BWL als Bedingung für eine erfolgreiche Unternehmensführung geht an der Sache vorbei, weil es überhaupt nicht die relevanten Probleme beleuchtet. Man müsste umgekehrt sagen, wenn die jungen Selbständigen scheitern, dann sind sie offenbar von den Meisterbetrieben

FORTSETZUNG VON S. 11

schlecht ausgebildet worden. Die, die sich da jetzt selbständig machen wollen, sind ja alle von Meistern ausgebildet

*Die HWO nimmt auf
Verbraucherwünsche keine
Rücksicht, sie entspringt
reiner Klientelpolitik*

worden. Zugespißt formuliert: Wenn die Handwerkskammern behaupten, die schaffen es nicht, dann schaffen die es nur deshalb nicht, weil die Kammern sie so schlecht ausgebildet haben. Wichtig ist zu erkennen, dass die Arbeitsteilung hier relevant ist. Der gute, ausgelastete Handwerker lässt den „Bürokram“ andere machen und geht auf die Baustelle.

Freibrief: Welche Faktoren können für Gründer von Ausschlag gebenderer Bedeutung sein als der BWL-Kurs?

Freytag: Genau so kann man sich vorstellen, dass sich mehrere Gründer zusammen tun, damit auch verwandte Handwerke anbieten und dann eine gemeinsame Buchführung machen. Was man nicht auslagern kann, ist die Expertise und das Dynamische wie das Erkennen von Kundenwünschen. Der Kunde erwartet ja nicht nur, dass der Handwerker ein paar Dinge verschraubt, der soll auch kreative Lösungen anbieten. Unternehmer ist überdies kein Beruf, sondern es gibt – wieder zugespißt – nur Unternehmer und Unterlasser. Der eine unternimmt, was der andere unterlässt. Wer Buchführung beherrscht, braucht nicht den Meisterkurs dafür. Wer sie nicht beherrscht, dem nützt auch der Meisterkurs nichts, der holt sich die Expertise lieber ins Haus.

Freibrief: Gilt das Gleiche für das Gespür für Marktchancen und das Erkennen von Trends?

Freytag: Sie lernen doch nicht im Meisterkurs 1980, wie Sie die Trends in 2005 erkennen können. Ich vermute, dass sich bei einer grundlegenden Liberalisierung um das Handwerk herum ein ganzer Markt von Dienstleistungen für den Handwerker entwickeln wird, ähnlich wie heute schon bei Freiberuflern oder Ärzten. Viele machen die Steuern oder die Gehaltsbuchführung nicht mehr selber, weil das viel zu kompliziert ist. So

wird sich wahrscheinlich auch der Handwerker für die ganze Kontoführung und Kostenkalkulation Rat von Außen holen.

Freibrief: Kann man sagen, dass sich das Handwerk im Würgegriff der HWO im marktwirtschaftlichen Abseits befindet?

Freytag: Ja, das ist richtig, das hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun. Aus volkswirtschaftlicher Sicht werden die Ressourcen verschwendet, die Verbraucher werden benachteiligt, der Wettbewerb wird verzerrt. Die HWO ist in der Tat mittelalterlich. Sie nimmt auf die Verbraucherwünsche keine Rücksicht. Sie entspringt einer reinen Klientelpolitik, die eine Gruppe vor Wettbewerb schützt, anstatt den Wettbewerb zu organisieren. Weder das Qualitätsargument ist zielführend, das den Meisterzwang als Garant für Qualität anführt, noch das Argument, es würden nur neue Unternehmenspleiten geschaffen. Auch Meisterbetriebe machen Bankrott, weil sie sich verkalkulieren oder aus zahlreichen anderen Gründe. Das interessiert aber letztlich keinen, denn wir haben in Deutschland jedes Jahr mehrere tausend Insolvenzen. Man müsste in dem Zusammenhang die Rolle der öffentlichen Hand hinterfragen, die ja offenbar sehr schlecht zahlt und damit viele Handwerksbetriebe in die Krise treibt.

Freibrief: Dabei schreit das Handwerk mit am lautesten nach öffentlichen Aufträgen, obwohl sie wissen, dass die Kassen der Kommunen leer sind, ist das nicht Selbstbetrug?

Freytag: Es ist klar, dass das Handwerk sich nach öffentlichen Aufträgen sehnt, denn die Privaten bauen in der Tat sehr wenig. Die bauen selbst oder bestellen sich ein Fertighaus. Das hat auch mit dem demographischen Wandel zu tun.

Freibrief: Steht ein Generationenkonflikt hinter der Reformunwilligkeit der älteren Generation, die einfach nicht auf ihre Privilegien verzichten und Platz machen will, gerade für die jüngere Generation wie die der freien Handwerker, die deswegen seit Jahrzehnten systematisch ausgebremst werden?

Freytag: Das kann natürlich auch der Fall sein, selbstverständlich. Das lässt sich vielleicht auch daran ablesen, dass viele Handwerksunternehmen keinen Nachwuchs finden. Das ist ein Grundsatzproblem, denn die Nachfrage nach der Meisterausbildung nimmt ja wohl erheblich ab, weil es ja auch mit Kosten verbunden

ist, ein Jahr lang in der Meisterschule zu verbringen. Neben den Gebühren ist das entgangene Einkommen zu veranschlagen. Wenn dann außerdem nicht die richtigen Inhalte vermittelt werden, werden nicht mehr viele Handwerker diesen Weg wollen. Dieser Zustand ist auf jeden Fall eine Behinderung der Neuen, und das ist auch eine Behinderung der Jungen. Eine interessante Tatsache ist in diesem Zusammenhang, dass die Durchfallquote bei der Meisterprüfung in den neuen Bundesländern Anfang der 90er Jahre deutlich geringer war als im Westen. Die Handwerker, die die Meister ausbilden, sind ja selber Meister und haben vermutlich genau im Blick, wie viel Konkurrenz sie gebrauchen können. Selbst wenn dieses Kalkül nicht bewusst angestellt wird, mag es eine Rolle spielen.

Freibrief: Wir erleben bei der Beschäftigung mit der Deregulierung im Handwerk immer wieder, dass sich politische und juristische Probleme in dieses Thema so hineingemischt haben, dass die wirklich ökonomischen Aspekte von diesen Fragen überlagert werden. Hat das mit einer politischen Konstellation zu tun, bei der die Parteien so sehr den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Klientel folgen –

*Dieser Zustand ist eine
Behinderung der Neuen, und
damit auch der Jungen*

auf der einen Seite Unternehmer/Handwerker, auf der anderen Angestellte/Gewerkschafter, dass so gut wie kein Handlungsspielraum für Veränderungen bleibt, weil sich die Kräfte gegenseitig aufheben?

Freytag: Das würde ich nicht sagen. Ich würde eher sagen, dass Gewerkschafter und Handwerker in „derselben Mannschaft“ spielen. Das sind gegenwärtig die Bremser. Beide Lager wollen keine Dynamik, die wollen nicht irgendwas Neues, die wollen lieber ihre Besitzstände wahren. Dies ist durchaus nachvollziehbar, weil die Existenzberechtigung der Organisationen ja gerade auf der Regulierung beruht. Das führt allerdings gesamtwirtschaftlich zu einem Negativsummenspiel. Es verlieren alle, nur einige gewinnen – wenn überhaupt. Auch die Landwirte, die einer Reform der Agrarpolitik im Wege stehen, haben über Jah-

re nur verloren. Die Preise hierzulande sind zu hoch, die Menschen in den Entwicklungsländern verarmen und leiden an Hunger, und wir schaffen es nicht, die wenigen hier verbliebenen Landwirte angemessen zu ernähren. Das ist im Grunde genommen eine Wertevernichtung.

Freibrief: *Führt das nicht im Handwerk zum gleichen Negativsummenspiel?*

Freytag: Nicht in diesem Maße, aber im Handwerk sind die Beschäftigungspotentiale bei weitem nicht ausgenutzt, das ist schlimm genug. Politische Konstellationen bestehen insofern, als dass einige politische Parteien mit einer Verbindung zur Selbständigenkultur im Handwerk, um diese Basis an Handwerkern als

Großes Potential von dynamischen Menschen, die kein Interesse am traditionellen Weg haben

Wähler zu erhalten, weitgehend Veränderung blockieren. Das Mittelstandsprogramm zwar wird immer groß geschrieben. Aber was ist der Mittelstand? Dabei gibt es Unternehmer wie die aus dem BUH, die nicht in dieses gewissermaßen altertümliche Konzept des Mittelstandes passen. Es wird einfach nicht gesehen, dass Beschäftigung auch woanders herkommen kann, dass es ein großes Potential von dynamischen Menschen gibt, die kein Interesse am traditionellen Weg haben. Ich würde nicht sagen, es ist eine Balance zwischen links und rechts.

Freibrief: *Sie verlieren ja auch beide massiv an Boden – Handwerkskammern wie Gewerkschaften.*

Freytag: Das Argument ist dasselbe. Die Gewerkschaften sollten sich an die Spitze der Tarifreform stellen, damit sie überhaupt noch interessant sind als Serviceagentur. Sie haben letztes Jahr wieder etliche Mitglieder verloren. Im Grunde muss man versuchen, gerade den Funktionären klar zu machen, dass sie nur diese Chance haben. Dann kommt noch hinzu: Mitgliederinteressen und Verbandsinteressen sind selten das gleiche. Die Funktionäre – ob bei den Gewerkschaften oder den Handwerkskammern – müssen die Regulierungen aufrecht erhalten, damit sie überhaupt ein Betätigungsfeld haben. Handwerk

und Gewerkschaften verbindet die Beharrungstendenz am Gestrigen, sowie Angst vor Neuem. Die kann man ihnen vielleicht nehmen, wenn sie diese Argumente, die wir hier diskutiert haben, stärker in den Vordergrund einer Kampagne bringen, gerade bei den Ministerien.

Freibrief: *Ist die Politik zwischen den Interessensgruppen so eingekeilt, dass sie nicht mehr in der Lage ist, vernünftige Entscheidungen durchzusetzen, in einer Falle sitzt?*

Freytag: Die Beharrungstendenzen sind groß und damit sind wir in einer Falle, so könnte man es schon sagen. Offenbar sind echte Veränderungen politisch kaum durchsetzbar. Im Grunde war es ja eine gute Initiative der Bundesregierung, die Handwerksrolle erheblich auszuweiten und nur noch bei Gefahrenhandwerken den Meisterbrief vorzuschreiben, wobei es da auch bessere Methoden gibt, aber immerhin. Besonders tragisch ist aber aus meiner Warte, dass der Plan von SPD und den Grünen, die HWO grundlegend zu modernisieren, am Widerstand speziell der FDP, der Liberalen gescheitert ist. Die Liberalen müssen sich die Frage gefallen lassen, wie sie eine solche freiheitseinschränkende Politik eigentlich vertreten können.

Freibrief: *Der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, Rolf Gössner, hat diagnostiziert, dass bei der Verfolgung von Handwerkern im Grunde bürgerrechtswidrige Zustände herrschen. Ist das nicht ein zu hoher Preis, wenn für die Erhaltung eines wirtschaftlichen Subsystems vor Ge-*



Wie lange hält die Festung deutsches Handwerk?

richt oder bei Hausdurchsuchungen Bürgerrechte verletzt werden?

Freytag: Es gibt ja diese Versuche der Verfolgung schon lange, darüber hat ja auch HWO-Kommentator Horst Mirbach immer wieder geschrieben. Ich bin der Meinung, dass eine fast schon geset-

zeswidrige Diskriminierung von unabhängigen Handwerkern auch ein ethisches Problem ist. Dies geht natürlich einher mit dem bereits Diskutierten: Schwarzarbeit als Folge unter anderem

Regulierungen sind immer ungerecht, wenn sie nicht aufgrund von Marktversagen ökonomisch angezeigt sind

fehlender Marktchancen, die Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen und weiteres mehr zerstört oder zumindest beschädigt die moralische Grundlage der Zusammenarbeit einer Marktwirtschaft. Sollte diese Wirkungsrichtung empirisch einigermaßen untermauert werden, so muss man dies als ein erschütterndes Ergebnis einer solchen Regulierung ansehen. Zumindest aus ökonomischer Perspektive lässt sich schlussfolgern, dass eine marktwidrige und damit auch sinnwidrige Regulierung regelmäßig zu einer Interventionspirale führt, weil die Menschen Ausflüchte suchen. Regulierungen sind immer ungerecht, wenn sie nicht aufgrund von Marktversagen ökonomisch angezeigt sind. Vielleicht ist das so, dass mancher an der Grenze der Schwarzarbeit arbeitet. Man treibt Menschen in die Illegalität, die da überhaupt nicht hin wollen, sondern sich sehr gerne an Gesetze halten, solange diese ihnen fair vorkommen und Chancen einräumen.

Freibrief: *Welche Schlussfolgerung würden Sie aus unserem Gespräch ziehen?*

Freytag: Unser jetziges Handwerkssystem bringt nicht nur Effizienzverluste in vielfacher Weise, sondern produziert auch Ungerechtigkeit. Generell macht es die Dienstleistung im Handwerk zu teuer, verdrängt gleichzeitig wettbewerbsfähige Unternehmen bis hin zu tragischen Härtefällen. Es geht nicht darum, dass das ordentliche Handwerk abgeschafft wird, auch nicht der Meisterbrief, aber dass der Zwang abgeschafft wird. Nur wenn der Meisterbrief frei ist, ist er nützlich als Marketinginstrument und gut als Qualitätssignal.

Freibrief: *Professor Freytag, wir danken Ihnen für das ausführliche Gespräch!*

Interview: Wilhelm Mertes

Absender unberechtigt

Einige Betriebe in und rund um Lübeck haben in der letzten Zeit Briefe mit dem Briefkopf der Handwerkskammer Lübeck erhalten. In den Briefen wurde eine Betriebsprüfung angekündigt. Die Betriebsprüfungen in der angekündigten Form sind rechtswidrig: 1) Der Absender der Briefe waren Kreishandwerkerschaften und nicht die Handwerkskammer. Aber nur die Handwerkskammer hat überhaupt ein Recht, Betriebe zu betreten. 2) Das Prüfungsrecht der Handwerkskammern umfasst nicht die Prüfung von Unterlagen, wie es in den Briefen angekündigt wurde. 3) Auf das Auskunftsverweigerungsrecht wurde nicht hingewiesen.

Nur die Beauftragten der Handwerkskammer dürfen bei einer solchen Betriebsprüfung sich in den Zeiten, in denen öffentlich zugänglich Betriebsräume (wie etwa einem Verkaufsraum) umsehen wie ein neugieriger Kunde. Mehr nicht! Wir raten jedem, sich bei einer solchen Betriebsprüfung Rat beim Notruftelefon zu holen oder im BUH-Büro zu fragen. HB

Meister igeln sich ein

Um Schwarzarbeit auf dem Gebiet des Installateurhandwerks in Mittenaar zu erschweren, stellen Innungsoberrmeister aus Dillenburg, Wetzlar und Biedenkopf derzeit ein Installateurverzeichnis zusammen, das künftig als Grundlage bei Auftragsvergaben dienen wird. WM

Schwarzarbeit bei den Schwarzarbeitsermittlern

Die Kreishandwerkerschaft Wolfsburg steht unter dem Verdacht der Schwarzarbeit. Seit 1998 soll eine Tochtergesellschaft Zeitarbeiter vermutlich illegal an Betriebe ausgeliehen haben. Im Baugewerbe ist die Arbeitnehmer-Überlassung grundsätzlich verboten. Pikant daran ist, dass die Kreishandwerkerschaft seit 1998 an der Bekämpfung der Schwarzarbeit mit einem eigenen Ermittler beteiligt ist. Die Behauptung des Geschäftsführers der Kreishandwerkerschaft, andere hätten gegen diese Praktiken nichts einzuwenden gehabt, kann nicht als entlastend gewertet werden. Handwerkern ohne Meisterbrief wird gerade auch von der Kreishandwerkerschaft Wolfsburg vorgehalten, sie hätten als Gewerbetreibende eine besondere Erkundigungspflicht. Es scheint, als hätten sich die Kreishandwerkerschaft und ihre Mitglieder einen Vorteil gegenüber den legal arbeitenden Unternehmen verschafft und damit gegen Wettbewerbsregeln verstoßen. HB

Detektiv unter der Trockenhaube

180 Betriebe der Friseur-Innung Vest Recklinghausen gehen lt. WamS ganz praktisch gegen die Schattenwirtschaft in ihrem Handwerk vor: Aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren sie einen pensionierten Ex-Kripobeamten, der Friseure im Kreis überführen soll, die „nach Vermutungen der Innungs-Oberen nicht alle Spielregeln einhalten“. 1,0 Zugriffe entfielen in Münster auf je 10 000 Einwohner, 1,7 waren es in Düsseldorf. Die Friseurmeister beklagen „massive Wettbewerbsverzerrungen“ und fordern eine „neue Chancengleichheit“. WM

Zwanglos europäisch

Selbst in einer Monarchie ist das möglich: Liechtenstein schafft den Kammerzwang ab. Das kleine Land mitten in Europa ist damit europäischer als Deutschland, ohne in der EU zu sein. Nach einem Urteil des Staatsgerichtshofes über die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft in der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) mussten die Statuten der Kammer geändert werden. Die GWK habe sich zu einem modernen Wirtschaftsverband entwickelt mit Dienstleistungen, die sich an die Bedürfnisse der Unternehmen anpassen, heißt es aus Liechtenstein. Soweit sind die deutschen IHK und HWK noch nicht und tun sich schwer daran, dies freiwillig zu werden. 1868 hatte Liechtenstein schon das Militär abgeschafft. Darauf konnten die deutschen Königreiche zwar nicht verzichten, dafür rief das aufstrebende Preußen die Gewerbefreiheit aus, bis die Nationalsozialisten 1935 das Rad zurückdrehten. SQ

Limited-Beratungsunternehmen fordert von DIHK und ZDH Schadensersatz

Die Adcomp Corp. Ltd. mit Sitz in Hessen wirft den Kammern vor, jahrelang die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Niederlassungsfreiheit in den EU-Staaten ignoriert zu haben. Systematisch sei die Adcomp daran gehindert worden, ihrer Tätigkeit nachzugehen. Das Unternehmen berät Firmen und Gründer, einen Betrieb in der Rechtsform einer Limited (Ltd.), einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung britischen Typs, zu gründen. Wider besseren Wissens hätten der ZDH und der DIHK „dringend empfohlen“, die Eintragung von Ltds in das Handelsregister zu verhindern, heißt es in der Klageschrift. Dabei soll es um einen Streitwert in Höhe von 3,2 Millionen Euro gehen.

Auslegungspraxis der Handwerksnovelle:**Viele Existenzgründungen trotz Problemen bei Anträgen**

Die gestiegene Zahl von Existenzgründungen in den nun zulassungsfreien Handwerken nennt die Bundestagsabgeordnete Heidi Wright zu Recht einen Erfolg. Auch der Berichtstatter Handwerk der SPD-Bundestagsfraktion, Christian Lange, sagt: „Das zeigt deutlich, dass wir durch das sinnvolle Zusammenspiel von Förderung und Deregulierung einen schönen Erfolg im Handwerk erzielt haben.“ Der BUH muss allerdings feststellen, dass für die meisten Handwerker die Reform keine Erleichterung gebracht habe. Dies insbesondere auch, weil Behörden und Handwerkskammern Ausübungsberechtigungen nach § 7b HwO äußerst restriktiv erteilen. Dies kritisiert auch Wright zu Recht. Unsere Erfahrungen zeigen, dass viele Handwerker dazu gedrängt werden, keinen Antrag zu stellen. Mit der Drohung von hohen Verwaltungsgebühren werden Betroffene immer wieder vom Stellen eines Antrags auf eine Ausübungsberechtigung abgehalten. Dabei müssen sich die Bewerber häufig auch herabwürdigende Kommentare ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten anhören. So herrscht weiterhin im Handwerk in Deutschland nicht die Grundfreiheit der Berufsausübung. HB

Meister auf der Flucht vor aufdringlichen Kammern

Große Resonanz beim Seminar des BUH in Verden „Reisegewerbe von A – Z“

Am 25. und 26. Februar 2005 fand im Tagungshaus des Ökologischen Zentrums in Verden ein Seminar zum Thema „Handwerk im Reisegewerbe“ statt. 22 Teilnehmer kamen zusammen, um



Teilnehmer des Seminars „Handwerk im Reisegewerbe“ in Verden

sich über das Reisegewerbe als Möglichkeit der Handwerksausübung ohne Meisterbrief zu informieren. Eine bunte Runde aus der gesamten Republik von der Nordseeinsel bis zum Bodensee, vom mobilen Fahrradservice bis zum obligatorischen Zimmermann war vertreten und beleuchtete die gesamte Bandbreite des Reisegewerbes. Die Veranstaltung war schon im Vorfeld auf ein so großes Interesse gestoßen, dass einige Interessierte mangels Kapazität auf ein Folgeseminar vertröstet werden mussten.

Bereits die Vorstellungsrunde bestätigte dann, dass momentan ein reges Interesse an einer handwerklichen Selbstständigkeit ohne Meisterbrief besteht. Nach einem einführenden Seminar standen die Referenten Jonas Kuckuk und Oliver Steinkamp, beide selbst seit Jahren Reisegewerbetreibende, für Fragen zur Verfügung. Das Seminar konnte so an den speziellen Bedürfnissen der Teilnehmer ausgerichtet werden. Im Zentrum stand das Ziel, für mög-

lichst jeden Teilnehmer ein gangbares Konzept zu erstellen.

„Mit diesem Seminar haben wir ins Schwarze getroffen. Gerade angesichts der schwierigen Wirtschaftslage gibt es ein großes Bedürfnis, nach Wegen in die Selbstständigkeit zu suchen. Um diesen Schritt auch ohne Meisterbrief zu tun, brauchen wir Kreativität, Know-How und Engagement. Genau das ist hier an diesem Wochenende zusammen gekommen“, erklärt Jonas Kuckuk.

Die Referenten beantworteten jedoch nicht nur Fragen zur Anmeldung des Gewerbes, zur Auftragsanbahnung

und -abwicklung, auch der immer wieder wichtige nächtliche Austausch bei Bier und Wein kam in Verden nicht zu kurz. Hier gab es reichlich Gelegenheit, Erfahrungen aus der Praxis auszutauschen. Die verschiedenen Rechtsauslegungen der Handwerkskammern gehörten dabei ebenso zum Gesprächsstoff wie Tipps bei der Kundensuche. Unter den Teilnehmenden waren auch Handwerksmeister, die einen Weg suchten, den ihnen aufdringlich unangenehmen Handwerkskammern zu entsagen. Teilnehmer aus Meisterkursen berichteten einmal mehr Kurioses und Absurdes.



Mobiles Gewerbe (gesehen in Darmstadt)

Am Sonnabend gaben die im Handwerksrecht spezialisierte Rechtsanwältin Hilke Böttcher und der Unternehmensberater Manfred Lohse zahlreiche Tipps und Hinweise zu den unterschiedlichsten Bereichen einer beruflichen Selbstständigkeit im Handwerk.

Einziger Wermutstropfen: Es schien das Besprochene noch nicht in Fleisch und Blut der Teilnehmer übergegangen

zu sein. Wie sonst ist es zu erklären, dass keine der zahlreich vertretenen Reisegewerbe treibenden Frisösinnen den beiden Referenten ein Angebot für augenscheinlich dringend erforderliche Frisurarbeiten machte? Fazit: Wir üben noch.

OS/JK

Reisegewerbe von A – Z

Nächstes Seminar: 13. – 14.5.05

Ort: Verden

Freitag: Reisegewerbe für Anfänger

Samstag vormittags: Anfänger & Fortgeschrittene

Samstagnachmittag: Wir üben das Haustür von Haustür-Geschäft in der Praxis. Anmeldungen bitte beim Büro.

Infos auch unter 0173-2439005.

georg lehmann

HOLZ

handwerk

handgemachte

Holznägel

aus Eichenholz

gespalten

einfach

schön

Wilh. Homburger Str. 2
77776 Schappach
tel.+fax: 07839 / 910 885

Größe und Material
sind variabel

Weiterhin geplante Seminare:

Buchführung; Allgemeine Geschäftsbedingungen; Empfehlungsmarketing; Die englische Limited; Handwerk im Reisegewerbe; Möglichkeiten zur Selbstständigkeit im Handwerk ohne Meisterbrief. Interessierte lassen sich bitte in der Geschäftsstelle Verden vormerken.

PINNWAND

Idee für die Winterarbeit 2006

Hallo, mein Name ist Alice Philipp, habe seit 1990 einen Reisegewerbeschein (Zimmereiarbeiten u.a.) und hatte noch nie Schwierigkeiten. Ich habe den BUH mitgegründet, in der letzten Zeit arbeite ich entweder alleine, oder mit den Bauleuten, oder ab & zu mit anderen GesellInnen. Beim Arbeiten mit Bauherrinnen habe ich oft gemerkt, dass sie gerne mitmachen würden, sich aber nicht so richtig trauen. Manche haben auch Angst vor bestimmten Maschinen oder Werkzeug, verlieren schnell die Lust, weil sie miserables Werkzeug haben und sich völlig unbegabt fühlen. Diesen Winter habe ich das erste Mal einen Kurs für Frauen, Titel: Bauen und Reparieren für Frauen, an der Volkshochschule angeboten. Das war ein Erfolg, hat Spaß gemacht, die Frauen waren begeistert und demnächst gibt's einen Aufbaukurs.

Gestalter im Handwerk

Bundesweit einmalig: die Werkakademie für Gestaltung im Handwerk Niedersachsen. Sie bietet für alle Handwerker eine berufsbegleitende gestalterische Weiterbildung für eine optimale Verbindung von Gestaltung und Funktionalität und ergänzt das technisch-gewerbliche Können. Es sitzen also nicht nur Betonköpfe in den HWK, sondern auch Leute, die das Interesse haben, Gesellen zu fördern.

Werkakademie für Gestaltung im Handwerk, Hamburger Allee 42, 30161 Hannover, Tel. 0511.388 41 59

Bauwirtschaft: Neue Meisterprüfungsverordnungen

Der Meistertitel ist nach wie vor in den meisten bauhandwerklichen Berufen für ein eigenes Unternehmen ein Zwang. Wegen des neuen Handwerksrechts mussten die Vorschriften für Meisterprüfungen von Maurern, Betonbauern und Stuckateuren aktualisiert werden. Seit Januar 2005 gelten neue Prüfungsordnungen. Zu einer ganzen Reihe von Meisterprüfungsverordnungen finden sich Links auf www.buhev.de sowie auf www.bundesgesetzblatt.de.

Umsatzsteuer für Geschäftspartner

In bestimmten Fällen darf Ihr Geschäftspartner keine Umsatzsteuer in seiner Rechnung ausweisen. Sie zahlen ihm den Nettobetrag und sind verpflichtet, die daraus entstehende Umsatzsteuer dem Finanzamt anzumelden und zu bezahlen. Das ist die sog. „Umsatzsteuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers“ (§ 13 b Abs. 1 UStG).

Betroffen sind:

■ Umsätze, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen. Dazu zählen alle Geschäfte mit bebauten oder unbebauten Grundstücken, bei denen der Eigentümer auf die Umsatzsteuerfreiheit verzichtete, d.h. „optiert“ hat. In den Umsatzsteuerrichtlinien, Abschnitt 71 sind die einzelnen Umsätze aufgeführt.

■ Bestimmte Bauleistungen: Darunter versteht man alle Werklieferungen und sonstigen Leistungen, die der Herstellung, Instandsetzung, Instandhaltung, Änderung oder Beseitigung von Bauwerken dienen.

Das Bundesfinanzministerium hat genau definiert, welche Umsätze zur Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers führen (BMF-Schreiben vom

31.3.2004, IV D - S 7279 - 107/04). Da sie erst seit dem 1.4.2004 auf Bauleistungen ausgeweitet worden ist, gilt ein Großteil dieses Schreibens diesen Leistungen.

Es gelten einige Übergangsregelungen, u.a. beanstandet die Finanzverwaltung nicht, wenn die Vertragspartner für Umsätze vom 1.4. – 30.6.2004 noch von der Steuerschuldnerschaft des leistenden Unternehmers ausgingen. ML

Praxistipp

Von der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers sind Sie nicht betroffen, wenn Sie ausdrücklich nur Planungs- und Überwachungsleistungen vereinbart haben.

Hierzu zählen ausschließlich

- planerische Leistungen z.B. von Statikern, Architekten, Vermessungs- und Bauingenieuren,
- Labordienstleistungen wie chemische Analyse von Baustoffen,
- reine Leistungen zur Bauüberwachung, zur Prüfung von Bauabrechnungen und zur Durchführung von Ausschreibungen und Vergaben ML

Finanzamt an Kosten für Hausarbeit beteiligen

Dienste in Haus und Garten mindern Ihre Steuern

Für bestimmte Kosten im Haushalt wird die Einkommensteuer ermäßigt. Man spricht von der Steuerermäßigung für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen.

- Vermitteln von besonderen Fähigkeiten
- Sportliche/Freizeitbetätigungen ML

Zu den steuerlich geförderten haushaltsnahen Tätigkeiten beim haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnis gehören:

- Zubereiten von Mahlzeiten im Haushalt
- Reinigen der Wohnung des Steuerpflichtigen
- Gartenpflege und
- Pflege, Versorgung und Betreuung von Kindern, kranken, alten oder pflegebedürftigen Personen

Nicht zu den haushaltsnahen Tätigkeiten gehören:

- Erteilen von Unterricht, z.B. Sprachunterricht

Praxistipp

So sieht die steuerliche Förderung in der Praxis aus:

Die Einkommensteuer ermäßigt sich

- um 10 % der Aufwendungen höchstens um 510 Euro bei geringfügig Beschäftigten
- um 12 % der Aufwendungen höchstens 2.400 Euro bei anderen haushaltsnahen Beschäftigungsverhältnissen mit Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung
- um 20 % der (durch Rechnung und Kontoauszug nachgewiesenen) Aufwendungen höchstens 600 Euro bei haushaltsnahen Dienstleistungen ML

Werbung im Reisegewerbe

Im Beratungstelefon taucht häufig die Frage auf, wie dürfen Reisegewerbetreibende werben. Mit dieser Frage haben sich eine Veranstaltung Ende Februar 2005 und die Rechtsgruppe beschäftigt. Da es zu dieser Problematik keine gesetzliche Regelung gibt und auch keine Rechtsprechung, bewegen wir uns auf „Moorboden“.

Nach der Rechtsprechung des BVerfG gibt es zwei Abgrenzungskriterien zwischen „stehendem“ und „reisendem“ Gewerbe:

■ Der Auftrag muss außerhalb der gewerblichen Niederlassung (oder ohne eine solche zu haben) zustande gekommen sein und

■ Der Auftrag (der Vertragsabschluss) muss aufgrund eines Angebots des Reisegewerbetreibenden zustande gekommen sein.

Nach Auffassung der Rechtsgruppe stellt z.B. das Verteilen von Handzetteln in Briefkästen (ich wasche und schneide Ihnen die Haare bei Ihnen zu Hause für

12 Euro und komme in den nächsten Tage bei Ihnen vorbei, um anzufragen, biete Ihnen meine Leistung an) eine zulässige Werbung dar.

Einige in der Rechtsgruppe gehen sogar so weit, dass sie meinen, dass jede Art der Werbung zulässig ist, da hierin bereits das Anbieten der Leistung zu verstehen ist.

Wie weit jeder gehen will, muss selbst entschieden werden, da der Weg vielleicht mit Schlaglöchern versehen ist und mit einem Ordnungswidrigkeitenverfahren gerechnet werden muss.

Schwarzarbeitsgesetz: Zoll darf bei Verdacht auf unerlaubtes Handwerk nicht Betrieb durchsuchen

Seit dem 1.08.2005 gilt das neue Schwarzarbeitsgesetz. Danach haben die Hauptzollämter „erleichterte“ Möglichkeiten, sich ohne Hausdurchsuchungsbeschluss Zugang zu den Räumen eines Gewerbetriebs zu verschaffen! Dies gilt aber nur für den Vorwurf von „echter“ Schwarzarbeit wie Steuerhinterziehung, Hinterziehung von Sozialversicherungsabgaben etc. und nur zu den „üblichen“ Arbeitszeiten. Wenn die

Handwerkskammer o.ä. meint, jemand hätte unerlaubtes Handwerk ausgeübt, ist weiterhin das Ordnungsamt zuständig und das benötigt einen Durchsuchungsbeschluss.

Ohne Durchsuchungsbeschluss darf nur bei Gefahr im Verzug durchsucht werden; dies ist fast immer rechtswidrig und wurde bisher hinterher meistens vom zuständigen Amtsgericht für rechtswidrig erklärt.

Reisegewerbe und IHK-Beitrag

Die Beitragsbescheide zur IHK landen demnächst wieder in den Briefkästen. Beiträge fallen für Reisegewerbetreibende nur dann an, wenn eine Niederlassung vorhanden ist. Zwar zahlen viele lieber Beiträge an die IHK als an die Verfolger, aber dies muss man im Einzelfall genau prüfen. Bitte bedenkt, dass nach Erhalt des Beitragsbescheids eine Widerspruchsfrist von einem Monat besteht; danach sind die Bescheide rechtskräftig!

Meldungen

■ Beim Bundesverfassungsgericht hat es Ende letzten Jahres eine für uns gravierende Veränderung gegeben. Die für Berufsfreiheit zuständige Richterin Frau Renate Jäger hat zum Winter 2004 das Bundesverfassungsgericht verlassen und ist nunmehr am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Da sie sehr für freie Berufsausübung eingetreten ist, können wir jetzt nicht mehr abschätzen, wie das Bundesverfassungsgericht über den Meisterzwang entscheiden wird.

■ Das Bundesverfassungsgericht will in diesem Jahr über die Inländerdiskriminierung entscheiden – so steht es jedenfalls auf dem Geschäftsplan des Ge-

richts. Wenn eine Inländerdiskriminierung vorliegt, kippt der Meisterzwang!

■ Die Handwerkerpflichtversicherung für Unternehmer, die in Anlage B 1 der Handwerksrolle eingetragen sind, ist rückwirkend zum 1.01.2004 weggefallen!

■ Letzte Meldung: Welcher Heizungsbauer, Gas- und Wasserinstallateur und Elektriker hat schon einmal versucht, sich ins Installateurverzeichnis eintragen zu lassen? Bitte beim BUH melden.

Texte dieser Seite: Hilke Böttcher

Ausübungsberechtigung

Einige Handwerkskammern verbreiten, dass in ihrem Kammerbezirk jeder, der halbwegs die Voraussetzungen erfüllt, eine Ausübungsberechtigung erhält. Nach unserer Einschätzung wird die Ausübungsberechtigung quasi nicht erteilt. Besonders bei Frisören ist die notwendige „leitende Stellung“ fast nicht nachzuweisen.

Es sollte demzufolge vorher überprüft werden, ob ein solcher Antrag gestellt wird, denn bei Ablehnung hat man unter Umständen ein Problem mit weiterer Tätigkeit. Außerdem sollte man sich genau überlegen, ob man Zwangsmitglied bei den eigenen Verfolgern werden will und damit das bestehende System stützt ...

MAURERHANDWERK

Ach du mein heiliges Fummelbrett

Der Reisende Klaus G. ist einer der letzten Maurer im klassischen Sinn

Der Maurergeselle Klaus G. ist in mehrfacher Hinsicht ein untypischer Handwerker, der sich den Zugang zu seinem Beruf von ganz unten her allmählich erarbeitet hat. Sportlich ambitioniert wäre er am liebsten Boxer oder Fußballer geworden. Nachdem er das Abitur nach-



Reisegewerbler wie Klaus G. dürfen sich nur an der Haustür empfehlen

geholt hat, studiert er seiner Reiselust zuliebe zunächst Tropenlandwirtschaft und jobbt nebenher ein paar Jahre lang bei einem einheimischen Gesellen von Axt und Kelle als Bauhelfer. Dann wurde er Vater und lässt sein Studium zugunsten einer soliden Maurerausbildung bleiben.

Auf die ‚Qualität‘ seiner ‚Qualifikation‘, schwört er bis heute, weil die Ausbildung zum Maurer in keinem anderen Land so „gewerkeübergreifend und umfassend“ angelegt sei wie bei uns. Ein deutscher Maurergeselle, der sich in seinem Beruf so wiederfindet wie er, hat in einer interdisziplinären Ausbildung gelernt, wie man den „Überblick über den Bau behält“, wie Klaus sagt. Und das ist wohl der Grund, warum er es nie in Betracht gezogen hat, eine Meisterausbildung nachzuschieben. Die würde er nur

machen, um ausbilden zu dürfen. Stattdessen hatte er mit einem Architekturstudium liebäugelt, doch angesichts der Berufsaussichten hat er sich für den „steinigere Weg“ entschieden.

Wie schafft es ein Maurergeselle, sich in Deutschland selbstständig zu machen? Unüblich für seinen Beruf, dennoch als einziger Ausweg, blieb ihm das Reisegewerbe. Doch: „Allein machen sie dich ein“ (Zitat v. Ton Steine Scherben), fügt er hinzu, und so holt er sich Rücken- deckung vom BUI. Seine heutigen Konkurrenten und unterschiedliche Maurertypen, wie er sagt, hat er in seiner Kasseler Lehrzeit kennengelernt: Nur jeder vierte oder fünfte der Kollegen war „überzeugter Maurer“.

Klaus operiert tagtäglich mit seinen Partnerbetrieben und freireisenden Kollegen von einst als „virtuelles Unternehmen“, wie es im Buche steht. Was das heißt? Ganz einfach, das „es sich bewährt hat“, dass sich Einzelne je nach Baustelle zu einem Bautrupps zusammenfinden. Das spart Reibungsverluste und bringt Kostenersparnisse, von denen konservativ strukturierte Betriebe heute nur träumen können. Abgesehen davon, dass dem Bauherren bei Bedarf auch Anleitung zur Selbsthilfe gegeben wird.

Klaus ist zufrieden mit der Wahl seines Berufes, der von der körperlichen Anforderungen her natürlich kein „Tennis-spielchen“ ist. Auch er bricht nicht bei jeder Arbeit gleich in Jubel aus. Sein Steckenpferd sind Grundöfen aus Lehm, von denen jeder eine Sonderanfertigung ist, und empfiehlt dazu das Lehm-bau-Handbuch von Gernot Minke. Sein Lieblingswerkzeug ist neben seiner ihm hei-

ligen Kelle sein sog. Fummelbrett. Anregungen für ökologisch-experimentelles Bauen holt er sich gerne aus der Untergrund-Reihe „Einfälle statt Abfälle“.

Für einen wie ihn, der sich als Maurer im klassischen Sinn sieht, wird die Auftragslage nie so richtig mau. Ihm bleibt sogar noch Zeit für die größte seiner Leidenschaften. Soeben kommt er von einer zweimonatigen selbstorganisierten „Weiterbildungsreise“ aus Argentinien und Uruguay zurück, wo er u.a. die Herstellung von Leichtlehmsteinen gelernt hat. Zurück daheim kann er darauf bauen, wieder an seinen nächsten Auftrag zu kommen, solange „das meiste über Mund-zu-Mund-Propaganda geht“. WM Kontakt-daten: Veröffentlichung nicht möglich, da sie als Werbung angesehen werden könnte, und die ist im Reisegewerbe nicht erlaubt.

Alter Baustoff mit großer Zukunft

Mehr als ein Drittel der Menschheit lebt in Häusern aus Lehm. Das Naturmaterial wird auch hier wieder entdeckt als innovativer Baustoff für moderne, ökologische Häuser. Lehm ist gut zu verarbeiten und wirkt positiv auf das Raumklima. Das Buch „Wohnhäuser aus Lehm“ stellt auf 128 Seiten 19 Bauprojekte vor, Neubauten und Renovierungen vom Dachgeschoss, Strohpassivhaus bis hin zur Solarsiedlung und zum Fachwerkhäus.

Die schön illustrierten Beispiele sind inspirierend und zeigen, wie sich Lehm in verschiedensten Baustilen und Kombinationen einsetzen lässt. In den Texten sind auch Wohnkonzepte und Bedürfnisse der Bewohner berücksichtigt und bieten für Lehm-bauer eine Grundlage für die Kundenberatung. Leider sind die Angaben zur Bautechnik, Material oder zur Ausführung uneinheitlich, mal gibt es Schnitte, selten konkrete Kosten. Ein Herstellerverzeichnis, Preisbeispiele für Rohmaterial und ein Lehm-baulexikon für den Einsteiger ergänzen das Buch. SQ

Oliver Zogler: Wohnhäuser aus Lehm. Neubauten und Renovierungen, DVA, München 2004, 49,90 Euro.

Bauhandwerk: Ende der Krise nicht in Sicht

Wegen der unsicheren Wirtschaftslage und des weiter rückläufigen Wohnungsbaus steckt der Bau im elften Jahr in Folge in der Krise. Auch 2005 werde sich die Talfahrt fortsetzen, prognostizierte der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie nach Bekanntgabe der Daten des Statistischen Bundesamtes für 2004. Demnach war der Auftragseingang am Bau

im Vergleich zu 2003 real um 6,9 Prozent zurückgegangen. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes rechnet 2005 mit einem weiteren Rückgang der Bauinvestitionen um 1,4 Prozent und den Verlust von 30 000 Stellen. Das Maurerhandwerk ist direkt von dieser Entwicklung betroffen.

Materialreport

Handwerk

Ziegel zwischen Innovation und Tradition

Der Naturbaustoff Ziegel genießt europaweit eine hohe Akzeptanz.

Seit Jahrtausenden hat sich der Mauerstein aus gebranntem Ton bewährt. Ziegel sind aus gutem Grund der Klassiker unter den Baustoffen: Sie speichern Wärme und Feuchtigkeit und geben sie bei Bedarf wieder ab. Sie besitzen eine hohe Festigkeit und eine gute Dämmfähigkeit und brennen nicht. Bereits 4000 v.Chr. wurden in Mesopotanien Mauerziegel gebrannt. Als ältester künstlicher Stein dient er einer effizienteren Arbeitsweise, da er im Gegensatz zum Naturstein in einheitlicher Größe geformt wurde. Folglich entwickelten sich regionaltypische Ziegelformate.

Blütezeit war die Backsteingotik, denn Natursteine waren Mangelware. Sehr lange galt Ziegel als minderwertiger Ersatz für den Naturstein. In der Renaissance und im Barock war das Sichtmauerwerk tatsächlich wenig beliebt, weshalb man den Ziegel mit Putz bedeckte oder überschlämmte. Eine Dekorationfülle mit Formziegeln, wie sie in der Backsteingotik ausgeprägt war, entwickelte sich erst wieder im 18. Jahrhundert, z.B. Holländisches Viertel Potsdam.

In Preußen stieg dank des Eintretens des Baumeisters Karl Friedrich Schinkel für die Ziegelarchitektur die Nachfrage nach schmückender Baukeramik. Jahrtausende wurde der Ziegel von Hand gefertigt, indem Lehm in einen einseitig offenen Kasten gepresst und die Form dann gestürzt wurde (Handstrichziegel).

Ab Ende des 19. Jahrhunderts wurden Ziegel in Ringöfen gebrannt. Zahlreiche Ziegeleien entstanden. Die zentrale Arbeit des Formers wurde von der Presse abgelöst, die enge Hand-zu-Hand-Arbeit von Maschinen unterbrochen. Höhere Stückzahlen und höhere Brennkapazitäten erforderten mehr Trockenschuppen und folglich mehr Transportarbeiter. Der Handstrichziegler wurde mehr und mehr obsolet. Die neuen Arbeitsbezeich-

nungen waren: Brandmeister, Brenner, Ofenarbeiter, Kleiaufleger, Packensetzer, Sumpfleute, Presskarrenschieber, Abschneder, Lorenkutscher, Steinrücken. Die Ringöfen sind durch Hochleistungstunnelöfen ersetzt worden. Der Industrialisierung folgte die Normierung. Unzählige individuelle Formate wurden von standardisierten Formaten verdrängt, die Ziegel wurden austauschbar. 1871 wurde das sog. alte Reichsformat mit den Abmessungen 25 x 12 x 6,5 cm eingeführt, wobei ein qm Mauerwerk inkl. 1 cm Fuge und üblichen Verlusten an den Ecken aus 40 Steinen bestand.

Unabhängig vom Material zeichnen sich bei allen Steinarten in der Technologie ähnliche Entwicklungen ab: hin zur Nut- und Fedausbildung der Stei-

ne, Vermauerung mit Leichtmörteln im Dünnbettverfahren, zum Einsatz großformatiger Fertigteile. Die heutigen Bautechniken verbessern den Wärmeschutz (Reduktion von Wärmebrücken, Luftdichtheit) und machen ihn günstiger.

Mit der ENEC 2002 und neuer europäischer Normierung steigen die Anforderungen. Wichtigstes Kriterium ist der Wärmeschutz. Klassische Baustoffe entwickeln sich zwischen hochwärmedämmenden Wandaufbauten und wirtschaftlich werdenden Bauweisen.

Die umfangreichste Wandlung hat in der Herstellung der Ziegel stattgefunden. Aus massiven Einhandsteinen sind Leichthochlochziegel geworden, mit einem Lochanteil von 60% und einer sehr geringen Wärmeleitfähigkeit, die zudem allen Anforderungen an Druck- und Biegezug- sowie Schubfestigkeit entsprechen. Monolitische Wände aus Ziegeln erfüllen die Bestimmungen der ENEC. Die Erfüllung war für die Wandkonstruktionen aus Poren-Betonsteinen nie ein Problem.

MM



Modern verbaut: Gefahrenstofflager der Humboldt-Universität Berlin (Architekt: Benedict Tonon)

KLEINES BEGRIFFSLEXIKON

Ziegelsteine

Mit lat. „tegula“ bezeichneten die Römer den aus Ton gebrannten Dachziegel.

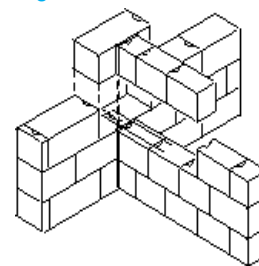
Der alte ägyptische Name für einen aus Lehm geformten Mauerstein war „meschenet“.

Ziegel ist der älteste künstliche Mauerstein, ein Baustoff aus Ton, Lehm oder tonischen Massen, der durch Brennen dauerhaft fest wird.

Keramisch gebundene Steine aus tonigen Bestandteilen gibt es bereits 4000 v.Chr. in Mesopotanien (Ziegel).

Mineralisch gebundene Steine wie Kalksandstein oder Porenbetonsteine sind erst seit rund 1000 Jahren verfügbar.

Weiche Ziegel sind im Gegensatz zu hart gebrannten nicht witterungsbeständig und werden deshalb verputzt. Solange luftgetrocknete Steine nicht nass werden, sind sie haltbar und formbeständig.



Ziegelarten

Klinker: farbig glasierter Ziegel

Schamotte: feuerfester Ton, dem man zur Härtung Muschel- und Porzellananteile zufügt.

Hochlochziegel: ist vertikal durchlöchert. Dadurch wird er leichter und immer größer und die eingemauerte Luft dient zur Wärmedämmung durch eine verminderte Wärmeleitung des Materials. Heute wird zur Verbesserung dieser Eigenschaft der Ziegel selbstporosiert, indem die Rohmasse mit brennbaren Stoffen wie Sägemehl oder Kunststoffkügelchen vermischt wird, die beim Brennvorgang Poren hinterlassen.

Handwerk

Handwerksgeschichte

REDENSARTEN

Was ist eigentlich ...
das Jenische?

Die „Jenischen“, das sind umherziehende Wanderhandwerker: Scherenschleifer, Kesselflicker, Schausteller und Angehörige anderer „fahrender“ Berufsgruppen. Ihnen gemeinsam ist eine Sprache, die auf Außenstehende völlig fremd wirkt: das „Jenische“. „Jenisch“ heißt so viel wie „gescheit“. Der Begriff lässt also darauf schließen, dass es nur Eingeweihte beherrschen, die ihr Wissen darum auch höchst ungern weitergeben – denn das Jenische ist eine Geheimsprache, verwandt dem Rotwelschen, der mittelalterlichen Sprache der Gauner und des fahrenden Volkes. („Rot“ steht für „Bettler“ oder „Vagabund“ und „welsch“ für „schwer verständlich“.) Während das Rotwelsche untergegangen ist, hat sich das Jenische gehalten und Elemente aus dem Jiddischen sowie der Sprache der Sinti und Roma aufgenommen. All diese Bevölkerungsgruppen standen oder stehen außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und mussten sich vor Übergriffen schützen. Ein gemeinsames oder wenigstens ähnliches Schicksal hat also Gemeinsamkeiten der Rede hervorgebracht. Die Eigentümlichkeit des Jenischen liegen in Wortschatz und Wortbildung, seine Grammatik ist die des Deutschen. Geschrieben wird es wie gesprochen. „Noppi gatschi, jenisch baal“ heißt „Sprich nicht deutsch, sondern jenisch“, „Jel me de sori“ ist am besten mit „Gib mir mal bitte dies dort“ zu übersetzen. „Racklo“ sind die Sesshaften. Diese verwenden sogar auch das ein oder andere jenische Wort in ihrer Umgangssprache: „keinen Bock haben“ zum Beispiel, „Nägel mit Köpfen machen“ oder „nicht lange fackeln“. Da es für die Jenischen immer schwieriger wird, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, stirbt das Wanderhandwerk allmählich aus – und mit ihm seine Sprache. Wissenschaftler wollen sie vor dem völligen Vergessen retten. Das ist bei einer Geheimsprache jedoch nicht unbedingt ganz einfach ...

MH

SERIE

Zünftiger Streit – Kampf um Mitbestimmung

Von der Einung zur Innung – eine kleine Geschichte des Zunftwesens

Auch wenn die Zünfte eine große Verantwortung für das Gemeinwesen übernahmen und stolz ihre Traditionen herausbildeten und pflegten – politische Mitbestimmung im Rat der Stadt blieb ihnen während des Hochmittelalters dennoch völlig verwehrt. Das Regiment führten die oft sehr wohlhabenden Kaufleute, die Patrizier, die ihre privilegierte Stellung standesbewusst hüteten.

Vermengt mit weiteren sozialen Problemen in den Städten, barg diese Situation auf die Dauer reichlich Zündstoff, der sich dann auch entlud. Etwa um 1250, also zu Beginn des späten Mittelalters, erstritten sich die Meister in einigen Kommunen das aktive Wahlrecht für den Rat; gewählt werden durften sie jedoch nach wie vor nirgends. Gut 50 Jahre danach wurden die Forderungen nach Ratsbeteiligung immer lauter. Es folgten erste be-

Elementen zu, die fast vier Jahrhunderte in Kraft bleiben sollte: Mehrere Zünfte schlossen sich zu einer so genannten Gaffel zusammen, die jeweils einen der Ratsherren zu wählen hatte. Wer nicht in einer Zunft organisiert war, wurde einer der 22 Gaffeln zugeteilt.

Ein durch allgemeine Wahl der Bürger legitimierter Rat bildet jedoch die Ausnahme: In anderen Städten wie Nürnberg, Frankfurt oder Lübeck behielten die Patrizierfamilien die Oberhand. Außerdem gab es natürlich auch Mischformen, die ein gemeinsames kommunales Regiment von Kaufleuten und Handwerkern ermöglichten oder nur die Vertreter bestimmter Zünfte an der Regierung beteiligten.

Allerdings: Auch dort, wo die Zünfte das Stadtrecht tatsächlich ausübten, konnten sie ihre Autonomie langfristig



Historische Stadtansicht von Speyer

waffnete Aufstände, die die herrschenden Geschlechter in der Regel blutig unterdrückten.

Mitte und Ende des 14. Jahrhunderts kam es dann in zahlreichen Städten zum Teil zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Nicht überall hatten die Handwerker dabei so leichtes Spiel wie in Speyer. Dort verzichteten die Ratsherren im Jahr 1349 auf ihre Posten, nachdem die wütende Menge sie bei eisiger Winterkälte in eine Kapelle gesperrt hatte. Auch in Köln und Wien setzten sich die Zünfte durch, Köln legte sich danach sogar eine Verfassung mit sehr demokratischen

oft nicht gegen die Patrizier und gegen die Ansprüche des frühmodernen Staates behaupten. Obrigkeitliche Herrschaftsmodelle erwiesen sich als stärker. Bis zum 16. Jahrhundert verloren deshalb die Zünfte ihre politischen Funktionen meist wieder. Wie auch der Bauernkrieg von 1525 zeigt, war es größeren Bevölkerungsgruppen lange Zeit kaum möglich, fundamentale Forderungen dauerhaft durchzusetzen.

Malte Heidemann

In der nächsten Ausgabe:
Zunftnormen und Handwerksehre

Ein neues Dach für die BUH-Geschäftsstelle

Eine neue Absenderadresse im Briefkopf, neue Stimmen am Telefon, etwas veränderte Sprechzeiten – zum Jahreswechsel hat sich in der Geschäftsstelle des BUH einiges bewegt. Seit seiner

und Einschätzungen zur Standortverlegung und zur Situation am neuen Platz. Im Vorstand herrschte Einigkeit darüber, dass der BUH in Verden gut platziert wäre. Der Verband profitiert erheblich von den Netzwerkstrukturen vor Ort und ist damit für die aktuell vor uns liegenden Aufgaben gut gewappnet.

Wir meinen in Petra Scheidemann und Heidi Klein zwei sehr erfahrene und engagierte Mitarbeiterinnen gewonnen zu haben. Die Bürokommunikationsstrukturen sind auf einem aktuellen technischen Stand. Anders als der ZDH, welcher in den zurückliegenden Monaten einige Probleme mit seinen Kommunikationsstrukturen (Internetportal ...) hatte, stellt sich die Situation

Betriebe und Initiativen umgebaut. Heute beheimatet das Ökologische Zentrum eine Vielzahl von ökologisch-sozialen Vereinen, Initiativen und Betrieben. So findet sich das neue Büro der BUH-Geschäftsstelle in guter Nachbarschaft mit dem auf ökologisches Bauen spezialisierten Architekturbüro Ö-Contur, der Bewegungsstiftung, die progressive soziale Bewegungen fördert, und dem Imena, das Wohnungen und Gebäude auf Schadstoffe und Schimmelbefall untersucht. Daneben beherbergt das Ökozentrum zehn weitere Nutzungsgruppen – vom Kindergarten Grashüpfer und der Internet-Initiative Campact über den Permakulturverein Allmende bis zum ökologischen Baustoffladen Biber. Das Tagungshaus mit Übernachtungsmöglichkeiten für bis zu 20 Personen und der Gastronomiebetrieb Kelebek vervollständigen die Mischung. Das Ökozentrum stellt jedoch nicht nur Wohn- und Arbeitsräume zur Verfügung, die gegen Mietzahlungen genutzt werden können. Vielmehr gehört die Selbstverwaltung zum zentralen Selbstverständnis des Ökozentrums. So gibt es weder eine/n feste/n GeschäftsführerIn noch eine/n



Von der Kaserne zum Ökozentrum: Die neue BUH-Bundesgeschäftsstelle befindet sich im Ökozentrum in Verden, das eine Vielzahl ökologisch-sozialer Vereine, Initiativen und Betriebe beheimatet.

Gründung 1994 war der BUH im Herzen des Wendlandes beheimatet. Von Beginn an war gleich viel Arbeit angesagt. Die Kämpfe, die es auszufechten galt, waren hart und ausdauernd. Verbandsverwaltung, Kontaktpflege und Öffentlichkeitsarbeit wurden zunächst in den Privaträumen des damaligen Vorstands Klaus Müller erledigt. Irgendwann war das private Firmenbüro mit den Akten und Vorgängen um ein unabhängiges Handwerk weit überlastet. Der BUH gründete das BUH-Büro. 1997 wurde Inge Schnieder eingestellt, um mit dem Büro in Woltersdorf Klaus Müller in der täglichen Arbeit zu entlasten. Im Frühjahr 1998 zogen wir für einige Jahre nach Klein Breese und im Sommer 2004 nach Lüchow-Seerau.

Während dieser langen Zeit wuchs der BUH kontinuierlich und die Aufgaben veränderten sich. Über eine Umstrukturierung der Geschäftsstelle wurde seit geraumer Zeit debattiert. Im Spätsommer 2004 tat sich die Möglichkeit auf, Räume im Ökologischen Zentrum in Verden anzumieten. Es folgten viele Überlegungen

des BUH derzeit als sehr tragfähig dar. Angesichts dessen fiel denn auch der Umzug aus der Region Wendland in die niedersächsische Kleinstadt nicht schwer.

Die Trennung von unserer langjährigen, engagierten und zuverlässigen Mitarbeiterin Inge Schnieder hingegen tat an der ein oder anderen Stelle weh. Inge brachte – und das wird uns in den ersten Monaten noch schmerzhaft begleiten – ein Wissen von sieben Jahren Verbandsarbeit in die tägliche Arbeit mit ein. Immer wieder haben ihre praxisnahen Vorschläge uns sehr weitergeholfen. An dieser Stelle dankt der Vorstand Inge Schnieder noch einmal ganz herzlich für ihr Engagement – auch über den Umzug nach Verden hinaus!

Seit Januar hat der BUH nun ein neues Dach über dem Kopf. Das Ökologische Zentrum in Verden (bei Bremen) befindet sich in einem ehemaligen Kasernengebäude. Dieses wurde 1997 von dem gemeinnützigen Verein Ökozentrum e.V. gekauft und nach ökologischen Kriterien zu einem Zentrum für selbstverwaltete



Neues Team in der BUH-Geschäftsstelle:
Petra Scheidemann und Heidi Klein

HausverwalterIn. Die vielfältigen Aufgaben von Finanzfragen über Instandhaltung bis Öffentlichkeitsarbeit wird auf alle Nutzungsgruppen verteilt. Die fünf vertraulichsten Aufgaben – Finanzen, Instandhaltung, Arbeitskoordination, Kontaktperson und Vereins-Beauftragter – werden per Wahlverfahren durch das

HAB 8

Der Freibrief-Fragebogen

Wir wollen's wissen



und haben

8

Fragen!

Dieses Mal an:

Mario Thomé, 45 Jahre, seit 2000 aktiv im BUH, arbeitet in NRW als Feuerungs-monteur im Reisegewerbe. Erlerner Beruf: Schornsteinfeger.

Warum bist Du im BUH?

Gemeinsam sind wir stark – ich werde weiter aktiv für die Gewerbefreiheit und die Abschaffung des Kammer- und Meisterzwangs arbeiten.

Dein Handwerk?

Feuerungsservice – ich Sorge für Wärme

Wo gelernt?

In vielen, vielen Heizräumen

Schönste handwerkliche Tätigkeit?

Wenn die Heizung wieder läuft

Wo möchtest du arbeiten?

Wo ich gebraucht werde

Wie möchtest du arbeiten?

Am liebsten unbehelligt.

Dein persönliches „Meisterstück“?

Kommt noch ...

Wo willst du hin?

Dorthin, wo ich in Ruhe arbeiten und leben kann

Plenum der Nutzungsgruppen besetzt und ihre InhaberInnen übernehmen auch weitere anfallende geschäftsführende Tätigkeiten. Beschlüsse werden im Plenum der Nutzungsgruppen gefasst.

Neben der solidarischen Nachbarschaft mit anderen Projekten und Betrieben bietet das Ökozentrum einen weiteren Vorteil: Teure technische und räumliche Infrastruktur wird durch die gemeinsame Nutzung mit den anderen Gruppen im Haus bezahlbar. So profitiert der BUH nun von Kopierer, Drucker, DSL-Internet und Telefonanlage auf neuestem Stand und hat die Möglichkeit, den Konferenzraum sowie das Tagungshaus zu nutzen. Aber es gibt nicht nur neue Räume, es gibt auch neue Gesichter: mit dem Umzug nach Verden haben die neuen MitarbeiterInnen in der

Geschäftsstelle ihre Arbeit aufgenommen. Damit die Stimmen am Telefon nicht ganz anonym bleiben, ein paar Sätze zu Petra Scheidemann und Heidi Klein: Beide arbeiten schon seit mehreren Jahren im Verdener Ökozentrum und sind nun zusätzlich je 15 Stunden in der Woche für den BUH tätig. Petra Scheidemann ist Diplom-Biologin. Seit 1999 arbeitet sie freiberuflich für das Institut für Mensch und Natur (Imena), das sich auf die Analyse von Innenraum-schadstoffen, Schimmelpilzen und Elektromog spezialisiert hat. Das Imena gehört zu den Gründungsinitiativen des Ökozentrums. Heidi Klein ist Diplom-Politologin und seit vielen Jahren in verschiedenen politischen Initiativen, die im Ökozentrum beheimatet sind oder waren, engagiert. HK/OS

Termine

Regio-Treffen

Frankfurt/Main

Kontakt: Tel. 0171.3282087 oder Mail: juergenadam@arcor.de.

Hamburg

Jeweils am zweiten Freitag im Monat 19:30 Uhr in Hamburg-Langenhorn, Tarpn 40, Haus 9a (ehemals Walwo Gelände), Info: BUH-Büro oder hamburg@buhev.de

Berlin

Jeden ersten Montag im Monat 19–21 Uhr im Kreuzberger Stadtteilzentrum, Lausitzer Str. 8, Kreuzberg. Info: www.buh-berlin.de

Bremen

Jeden ersten Freitag im Monat Bremer Böhnhasentreff im Lagerhaus, Schildstr.19, Bremen. 20:15 im Vorraum des Cafés. Info: jonas@boehnhasen.de

Mitgliederversammlung

15. – 17. April 2005 in Witzhausen, Jugendburg Ludwigstein

Was fehlt ...

... **Schadensersatz** für zu Unrecht verfolgte Handwerker. Der Tag der Wiedergutmachung rückt vielleicht bald näher. Aber noch übt so manche Gemeinde eine krasse Verfolgungspraxis aus, die wir im nächsten Freibrief an drei Fällen dokumentieren.

... der **Bericht über eine Doktorarbeit von 1970 zum Schwarzarbeitsgesetz**. Sie belegt, dass in die Begründung des Gesetzes Ideologien Eingang gefunden haben, um den Mittelstand staatlich zu schützen und damit Meisterbetriebe vor Konkurrenz zu bewahren.



Anzeigenpreise Freibrief

1/1 Seite:	400 Euro
1/2 Seite:	200 Euro
1/4 Seite:	100 Euro
1/8 Seite:	50 Euro
Visitenkarte:	40 Euro
Einzeilige Chiffre:	Kostenlos
pro weitere Zeile	4 Euro
Beilage: auf Anfrage	
Für BUH-Mitglieder ist die erste Visitenkarte gratis, auf alle anderen Anzeigen gibt es 50 % Rabatt.	

Anzeigenredaktion:
030.44717651, freibrief@buhev.de



Unseren Mitgliedern bieten wir:

- regelmäßige Informationen über unsere Arbeit
- Verbandszeitung „Freibrief“
- berufsbezogene Seminare zur Weiterbildung
- günstige Gruppenversicherungen für
 - Berufshaftpflicht
 - Berufsunfähigkeit
 - Altersabsicherung
- Hilfestellung bei Rechtsunsicherheit
- Archivmaterial zur Rechtslage
- Vermittlung von kompetentem Rechtsbeistand
- mögliche Prozessunterstützung
- Rechtsarchiv
- Ermäßigung auf Seminare und den Schriftenservice

Monatsbeitrag: 25 Euro. Davon fließen 10 % in den Rechtshilfefonds.
Besondere Beiträge für Firmen, andere Verbände und sozial Schwache auf Anfrage.

Weitere Informationen bei der Geschäftsstelle:

BUH e.V.
 Artilleriestraße 6
 27283 Verden
 Tel: 04231.956 66 79
 Fax: 04231.956 66 81
 buero@buhev.de
 www.buhev.de

Ich bin am BUH e.V. interessiert.
Bitte senden Sie mir:

- ☐ Flyer ____ Stück
- ☐ Antragsformular
- ☐ Inforeader (5 Euro inkl. Versand)

Vorname / Name

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Tel / Fax / Mail

BUH e.V.
 Bundesgeschäftsstelle
 Artilleriestraße 6
 27283 Verden

per Fax: 04231.956 66 81

BUH

BUHTIQUE

Zeigen Sie UnternehmerGEIST!



T-Shirt

Für jedes Gewerk und in jeder Größe
 (S, M, L, XL, XXL), in schwarz oder für
 die, die Farbe bekennen wollen, in gelb:
 6,50 EURO je Stck.
 ab 5 Stck. 5,80 EURO je Stck.
 ab 10 Stck 5,00 EURO je Stck.



Zollstock

2,90 EURO

Aufnäher (9 x 4cm)

3,80 EURO je Stck.

Außerdem (o.Abb.):

Nummernschild-Halter schwarz
 mit BUH-Aufschrift, 3 Euro je Stck.

Inkl. MwSt., zzgl. Verpackung + Porto
 BUH e.V.

Tel. 04231.956 66-79 Fax -81
 buero@buhev.de

Hier
 könnte
 Ihre
 Anzeige
 stehen!

Anzeigenredaktion:
 030.44717651, freibrief@buhev.de

Relaxen auf Kosten des Tropenwaldes?

ROBIN WOOD

Unterstützen Sie
im Kampf gegen Raubbau im Regenwald
und falsche Ökosiegel!

www.robinwood.de